



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Werte Anwesende, ich begrüsse euch herzlich zur zweiten Sitzung des laufenden Jahres 2019. Wir freuen uns über das grosse Interesse der Bevölkerung an unserer Tätigkeit.

Gestern durften wir das 100-Jahr-Jubiläum unseres Stadtrates feiern, denn genau gestern vor hundert Jahren hatte der Stadtrat zum ersten Mal getagt. Somit ist die heutige Sitzung, analog der ersten Sitzung vor hundert Jahren, auch eine Jubiläumssitzung. Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Beteiligten, die zum Gelingen des Festes beigetragen haben, ganz herzlich danken. Wir durften eine würdige Feier geniessen, was ein Applaus wert ist. *(Applaus)*

Ebenfalls bedanke ich mich im Namen aller Stadträte bei der Jugend des SCL, welche vorhin beim Eingang Spalier stand und allen Stadträtinnen und Stadträten ein süsses Präsent überreichten. Ich wünsche allen einen guten Appetit und danke für die kulturell-kulinarische Bereicherung.



Das Protokoll der letzten Stadtratssitzungen vom 4. Februar 2019¹ liegt noch nicht vor, doch es wird diese Woche noch auf die Homepage der Stadt Langenthal aufgeschaltet werden. Somit kommen wir zur Anwesenheitskontrolle. Ich übergebe Gaby Heiniger das Wort:

- 38 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend².
 - 1 Mitglied des Stadtrates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates und Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.
 - 1 Mitglied des Gemeinderates ist entschuldigt abwesend.

Stadratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Alle Stadträte haben die Akten fristgemäss erhalten. Gibt es Bemerkungen zum Traktandenablauf? Dies ist nicht der Fall. Somit starten wir.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ <https://secure.i-web.ch/gemweb/langenthal/de/verwaltung/publikationen/?action=info&pubid=200078>

² Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 38 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 20.00 Uhr sind 39 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 21.30 Uhr sind 38 Stadratsmitglieder anwesend.



1. Projekt "IT-Plattform-Outsourcing": Verabschiedung der Vorlage (Projektgenehmigung und Kreditbewilligung) sowie der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 19. Mai 2019

I Eintretensfrage:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass das Eintreten unbestritten bleibt und schweigend genehmigt ist.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wie ihr hier aufgeschaltet seht, finden zuerst die Berichterstattung und danach die Stellungnahmen zum Allgemeinen der Vorlage statt.

Ich bitte euch, nur Anträge zu stellen, die das Allgemeine betreffen. Hiermit sind Anträge auf eine Rückweisung und/oder eine zweite Lesung gemeint.

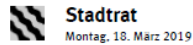
Anschliessend erfolgt in jedem Fall – auch wenn eine zweite Lesung beschlossen würde – eine Detailberatung.

Danach gibt es die Schlussabstimmung und die Abstimmung über die Botschaft.

A Berichterstattung

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Dieses IT-Traktandum ist das heutige Hauptgeschäft, obwohl einige Gäste auf ein anderes Geschäft warten. Es wird uns brutto jährlich wiederkehrend mit rund einer Million Franken belasten.

Eine moderne öffentliche Verwaltung versteht sich als Dienstleisterin. Immer mehr Menschen wollen ihre Behördengänge online oder mobil erledigen. Von einer effizienten Verwaltung erwartet der Gemeinderat, dass die Angelegenheiten verlässlich und schnell bearbeitet werden. Und natürlich müssen wir uns darauf verlassen können, dass die teilweise sensiblen Daten, die wir mit der Behörde teilen, nicht in unbefugte Hände geraten. Diese Ansprüche haben sich auch in der IT-Strategie des Gemeinderates wiedergefunden.



Stadtrat
Montag, 18. März 2019

Beratungsablauf

Traktandum Nr. 1	Projekt "IT-Plattform-Outsourcing"
Allgemeine Beratung:	<p>A Berichterstattung</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Stadtpräsident Reto Müller ■ Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission <p>B Stellungnahmen (Allgemeines zur Vorlage)</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Fraktionen ■ Einzelsprechende
Detailberatung (I):	<p>C Detailberatung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.) / Abstimmung über Anträge</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Projektgenehmigung (Ziffer I.1.) ■ Verpflichtungskredit (Ziffer I.2.) ■ Nachkredit (Ziffer I.3.) ■ Vollzug (Ziffer I.4.)
Schlussabstimmung (I):	<p>D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)</p>
Detailberatung (II):	<p>E Detailberatung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussesentwurf Ziffer II.) / Abstimmung über Anträge</p>
Schlussabstimmung (II):	<p>F Schlussabstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussesentwurf Ziffer II.)</p>

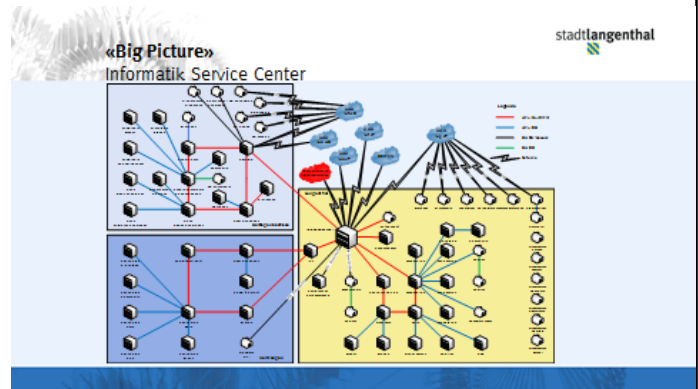




Stadtrat

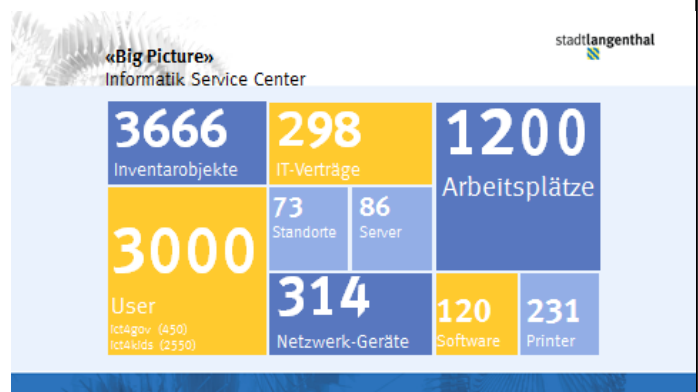
Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Für diejenigen, die unser Informatik Service Center nicht im Detail kennen, sehen in dieser Abbildung oben links z.B. die Gemeinde Herzogenbuchsee und unten links die Gemeinde Aarwangen, die bei Langenthal angeschlossen sind. Der gelbe Teil betrifft die Stadt Langenthal, respektive die angeschlossenen Körperschaften, wie die Industriellen Betriebe Langenthal, das Alterszentrum Haslibrunnen und auch die verschiedenen Schulen.



Wir haben hier eine umfassende Informatiklösung.

Die Grundlage des vorliegenden Geschäftes ist die vom Gemeinderat genehmigte Informatikstrategie. Ihr seht hier einige Kennzahlen, was damit alles abgedeckt ist.



Ich habe mit Freuden zur Kenntnis genommen, dass neben der Mitarbeitenden und Interessierten des SCL, auch unser gesamtes Informatikpersonal heute hier anwesend ist, welches 1'200 Arbeitsplätze und 3'000 User betreut.

Das sind 450 Anschlüsse im Governmentbereich und 2'550 für ict4kids.

Unsere IT-Strategie definiert die langfristig gültigen Grundsätze für den Umgang mit unseren Informatikmitteln und sorgt für einen nachhaltigen Informatikeinsatz. Sie setzt stadt- und schulweit gültige Leitplanken betreffend des Einsatzes und des Betriebes von Informatikmitteln zur effektiven und kosteneffizienten Unterstützung der Verwaltungs- und Schulprozesse und gibt damit den Rahmen vor, an dem sich der Fachbereich Informatik und die Anwenderbereiche orientieren.

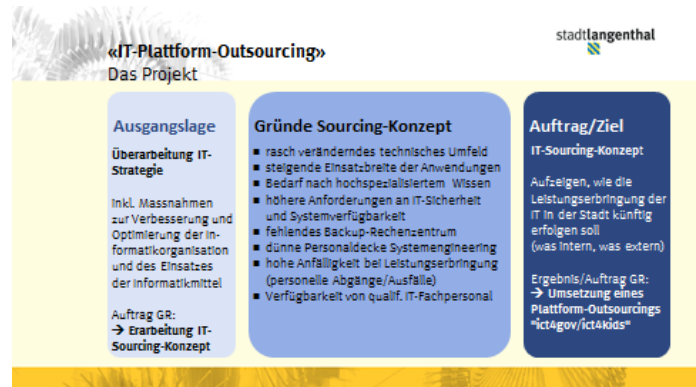
«Informatikstrategie»
Ziel und Zweck

stadtlangenthal

- Die IT-Strategie leitet sich von der Vision des Gemeinderates von einer bürgernahen, wirtschaftlichen und effizienten Stadtverwaltung ab.
- Sie definiert die Grundsätze, Standards und Richtlinien betreffend des Einsatzes und Betriebes der Informatikmittel in der in der Stadt Langenthal und Volksschulen.
- Sie regelt damit stadt- und schulweit applikatorische, technologische, organisatorische und betriebliche Aspekte der IT.
- Sie verfolgt das Ziel, die Verwaltungsleistung zu erhöhen und die Kosten der internen Verwaltungsprozesse zu senken sowie für zukünftige Herausforderungen in einer digitalisierten Welt offen zu sein.



Im Rahmen der letzten Aktualisierung der IT-Strategie im Jahr 2015 wurden zur Verbesserung und Optimierung der Informatikorganisation und des Einsatzes der Informatikmittel in der Stadtverwaltung und Volksschulen zehn Massnahmen definiert und in einem Massnahmenkatalog zusammengefasst. Eine dieser Massnahmen war die Erarbeitung eines IT-Sourcing-Konzeptes, welches aufzeigen musste, auf welche Art und Weise die Leistungserbringung der Informatik der Stadtverwaltung künftig erfolgen soll.



Um was handelte es sich bei diesem IT-Sourcing-Konzept? Im Sourcing-Konzept ging es darum, Einflussfaktoren auf die IT-Organisation zu berücksichtigen und die Frage, wie man künftig mit den rasanten technologischen Innovationen und der steigenden IT-gestützten Einsatzbreite umgehen will. Bereits heute und auch in den nächsten Jahren kommen viele neue Themen auf die Verwaltung zu. Die Digitalisierung, respektive der digitale Wandel läuft und ist nicht mehr zu stoppen. Bei der Erarbeitung des Konzeptes wurde auch die Frage erörtert, wie man mit den ständig höheren Anforderungen künftig umgehen will, insbesondere in der IT-Sicherheit und der System-Verfügbarkeit. Schlussendlich musste man sich auch überlegen, wie man den personellen Aspekten künftig begegnen will, speziell die Verfügbarkeit von qualifiziertem IT-Personal. Finden wir mit unseren Anstellungsbedingungen noch das benötigte Personal im System Engineering? Wichtig ist auch gewesen, dass man sich vor Augen führt, was auf die Stadt Langenthal künftig zukommen wird. Im IT-Bereich geschieht im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltungsprozesse momentan sehr viel und es wird noch einiges in den nächsten Jahren an Anwendungen und technischen Innovationen dazukommen, was von der Stadtverwaltung bewältigt werden muss. Dabei zeigt sich: Digitalisierung schärft nicht nur den Blick für das Neue, sondern auch für den Wert des Bestehenden.

Wir haben eine grosse Herausforderung vor uns. Obwohl das städtische Informatik Service Center heute ein sehr breites Spektrum an Informatikleistungen mit eigenen personellen Ressourcen effizient und kostengünstig wahrnimmt, zeichnet sich zufolge der immer stärkeren Durchdringung der Verwaltungsprozesse mit Informationstechnologien und den immer kürzer werdenden Produktzyklen ein erhebliches Risiko ab. Die vorhandenen personellen Ressourcen und das vorhandene Know-how für die steigende Komplexität in der IT sind für die nächsten Jahre nicht ausreichend.

Die Anfälligkeit bei personellen Ausfällen oder Abgängen ist sehr gross. Das ist ein bedeutendes Risiko. Darüber schwebt der Beschluss des Gemeinderates, keine neuen externen Gemeinden an das Informatik Service Center anzuschliessen. Deshalb ist die heutige Grösse und Organisation des Informatik Service Centers als kritisch einzustufen. Dazu kommt, dass für neue Projekte im Zuge der Digitalisierung und für die Einführung neuer Technologien die Zeit fehlt, weil das Tagesgeschäft das vorhandene Personal voll auslastet. Dies ist mittelfristig keine gute Entwicklung.

Heute braucht es in der Informatik eine Mindestanzahl an eigenem Fachpersonal, um sich auf alle IT-Betriebssysteme und IT-Komponenten fokussieren zu können. Andernfalls leiden die Systemverfügbarkeit und die Qualität der Services.

Die Defizite und Gefahren der heutigen Organisation des Informatik Services Centers lassen sich wie folgt zusammenfassen:



Fast täglich steigen die Anforderungen an die IT: z.B. neue Technologien (mobile Geräte, Social Media etc.), zunehmende Verrechtlichungen der Informatik (Datenschutz etc.), steigender Kostendruck, zunehmende Datenmengen mit grossem Speicherbedarf, neue Anwendungen, immer mehr zu verarbeitende Applikationen, Schulung der Mitarbeitenden, der Lehrerschaft und der Schülerinnen und Schüler usw. Diese Herausforderungen stellen auch höchste Ansprüche an das eingesetzte städtische Personal im Informatikbereich und an ihre Aus- und Weiterbildung.

Die vorhandenen Server- und Arbeitsplatzinfrastrukturen erreichen ihre Kapazitätsgrenzen, sind zum Teil technisch veraltet und müssen aus unserer Sicht ersetzt werden. Ein stabiler, datensicherer IT-Betrieb für eine effiziente Verwaltungs- und Lehrtätigkeit an den Langenthaler Volksschulen kann mit den heutigen Infrastrukturen nicht länger sichergestellt werden. Im Notfall haben wir keine effiziente Datenwiederherstellung.

Die Suche nach Lösungen ergab verschiedene Varianten. Nach der Prüfung dieser Varianten standen sich schlussendlich zwei gegenüber. Wobei ich festhalten möchte, dass für den Gemeinderat nur die eine Variante in Frage kommt. Einerseits gibt es die Variante Status Quo und diejenige der IT-Plattform-Outsourcing.

Die Variante Status Quo würde bedeuten, dass der IT-Betrieb nach wie vor mit eigenem Personal im eigenen Rechenzenter sichergestellt würde. Bei dieser Variante hätten die im Sourcing-Konzept aufgezeigten Schwachstellen und Risiken nur bedingt reduziert werden können. Insbesondere die Gefahr von Abgängen der IT-Schlüsselpersonen hätte weiterhin bestanden und eine eigene Disaster Recovery-Lösung – Wiederherstellung in einem Katastrophen- oder Angriffsfall – hätte nur moderate Wiederanlaufzeiten und nicht besonders hohe Sicherheitsstandards gewährleistet. Zudem wären bei der Status Quo-Lösung enorme Ersatzinvestitionen in den nächsten zwei Jahren angefallen, weil das Rechenzenter ausgebaut werden müsste, und zur Sicherstellung des IT-Betriebes wären drei zusätzliche Personaleinheiten notwendig.

Mit der Variante IT-Plattform-Outsourcing wird der IT-Betrieb im Sinne eines End-to-End-Betriebes an einen Dritten ausgelagert. Das heisst, die IT-Infrastruktur wird von einem externen Provider zur Verfügung gestellt und betrieben.

Der Provider ist damit verantwortlich für den Wechsel der Technologie, Server, Systeme und Peripherie. Dies würden wir alles einkaufen.

stadtlangenthal

«IT-Plattform-Outsourcing»
Vergleich Varianten: Stellenplan IT-Fachpersonal

Kriterien / IT-Fachpersonal	Status Quo optimiert	Plattform-Outsourcing
Soll-Stellenplan IT-Fachpersonal, total	8.8 PE	8.8 PE
Reduktion Personaleinheiten (PE) durch Plattform-Outsourcing		- 3.5 PE
Reduktion heutige Schwachstellen und Risiken	+ 2 PE	+ 1 PE
Erschliessung neue Einsatzgebiete	+ 1 PE	+ 1 PE
Veränderung Personal im ISC, total	+ 3 PE	- 1.5 PE
Etappe Verwaltungsumfeld (gov)		ict4gov 0.75 PE
Etappe Volksschule (kids)		ict4kids 0.75 PE

Somit würden in den nächsten fünf Jahren Investitionen für Server, Betriebssysteme und Arbeitsplatzgeräte von mehr als einer Million Franken entfallen.

Diese Lösung hat Auswirkungen auf das Personal, wie ihr es bereits im Bericht und Antrag entnehmen konntet. Wir haben heute im Sollstellenplan der IT 8,8 Personaleinheiten (PE). Im Moment sind 7,8 PE besetzt und heute Abend hier anwesend. Seit einem Jahr haben wir die vakante Stelle ausgeschrieben und können diese leider nicht besetzen. Es gibt wohl gute Bewerbungen, aber wir können uns diese Fachleute nicht leisten. Wir finden das benötigte Personal nicht, welches ein massgebender Punkt ist für die Lösung "IT-Plattform-Outsourcing".

Wie ihr auf der Aufstellung seht, können bei der Auslagerung 3,5 PE eingespart werden.



Wenn man für den "Status Quo optimiert" alle Schwachstellen und Risiken minimieren möchte, benötigen wir die substanzielle Aufstockung von personellen Ressourcen, um die Aufgaben

- IT-Beratungsleistungen
- Organisationsprozessoptimierungen
- Integrierung Konzeption neuer Lösungen
- Aufbau Lifecycle-Management (Beschaffungsmanagement)
- Erweiterung Support im Projektmanagement
- Fachapplikationen im Vertragswesen
- etc.

bewältigen zu können.

Unabhängig der Variante "Status Quo optimiert" und der Variante "Plattform-Outsourcing" ist das ISC-Fachpersonal für die Realisierung innovativer IT-Projekte zusätzlich um eine Personaleinheit aufzustocken.

Beim Erschliessen neuer Einsatzgebiete wird ohnehin eine Personaleinheit mehr benötigt. Als Beispiel erwähne ich GEVER. Ihr wisst, wir haben immer noch Akten in Papierform. Mehrere Motionen und Postulate hatten in der Vergangenheit gefordert, dass endlich die Digitalisierung vorgenommen werden solle. Ja, wir möchten die elektronische Datenverwaltung einführen. Doch für die Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung wird eine zusätzliche Fachperson benötigt. Daraus ergibt sich jedoch eine Effizienzsteigerung und Optimierung der Geschäftsprozess in der gesamten Verwaltung.

Zudem muss die ICT an die Veränderungen der Umwelt angepasst werden können. Denn es wird immer mehr verlangt, dass z.B. auch in der Schule das eigene Gerät eingesetzt werden kann – Bring Your Own Device (BYOD). Social Media, eGovernment, eServices (z.B. Online wählen und abstimmen) sind u.a. weitere IT-Projekte, die umgesetzt werden müssen. Auch die Telefonie sollte umgestellt werden. In der Zukunft werden weitere Projekt, z.B. die Gebäudeautomation, Internet der Dinge, Mobil Computing, Smart City etc. eingebunden werden müssen. Einige Gemeinden verfügen z.B. bereits über ein Daten-Cockpit. Sie können ihre gesammelten Daten auswerten, was wir noch nicht können, aber wichtig wäre.

Aus all diesen Gründen werden zusätzliche Fachpersonen benötigt. Deshalb haben wir im Bericht und Antrag aufgeführt, wenn wir den Status Quo wollen, müssen wir drei zusätzliche Personaleinheiten anstellen können. Jedoch ist es sehr schwierig, dieses Fachpersonal zu finden. Durch die IT-Plattform-Outsourcing hätten wir einen Abbau von 1,5 PE.

Welche Auswirkungen hat die IT-Plattform-Outsourcing auf die Rechnung?

Hier seht ihr die gleiche Aufstellung, wie ihr sie im Bericht und Antrag vorfindet. Die Rechnung zeigt den Ausblick der Bruttoausgaben der nächsten fünf Jahre. Wir haben heute gemäss Budget 2019 die Personalkosten nur für "ict4gov" aufgeführt, weil zwei Personaleinheiten für die "ict4kids" zuständig sind.

stadtlängenthal

«IT-Plattform-Outsourcing»
Vergleich Varianten: Betriebskosten (ohne Volksschulen)

Kontogruppen	Budget 2019 (bisher)	Budget 2020 mit "ISC-O"	Budget 2020 ohne "ISC-O"
Personalkosten (inkl. Sozialia./Auszahlung)	846'000.00	715'000.00	1'251'000.00
Aufwand Sachkonti	1'142'000.00	805'000.00	1'269'000.00
Erträge, int. Verrechnungen	-550'000.00	-605'000.00	-605'000.00
Outsourcing-Gebühren Provider		903'200.00	
Abschreibungen Ø jährlich		75'000.00	300'000.00
Betriebskosten "ict4gov" – jährlich	1'438'000.00	1'893'200.00	2'215'000.00
Investitionen Server und Arbeitsplätze (abgeschrieben 5 Jahr)			1'000'000.00
Investitionen Backup-Rechenzentrum			500'000.00
Einmalige Dienstleistungen Outsourcing		374'100.00	

Wir haben Aufwände in den Sachkonten von Fr. 1,1 Mio. und Erträge der angeschlossenen Gemeinden und Körperschaften von Fr. 550'000.00. Das ergibt heute Betriebskosten von Fr. 1,4 Mio.

Beim Budget haben wir keine Abschreibungen mehr, weil der Gemeinderat aufgrund des IT-Konzeptes für die bestehenden Anlagen keine Investitionen mehr tätigen will. Deshalb kann die Informatikleistung weiterhin auf den bisherigen "alten" Gerätschaften relativ günstig erbracht werden.



Bei einer Auslagerung werden die Personalkosten um 1,5 PE reduziert. Der Aufwand in den Sachkonten wird ebenso reduziert, weil wir dann weniger Gerätschaften anschaffen oder ersetzen müssen. Zudem werden wir bessere Verträge mit den angeschlossenen Körperschaften und Gemeinden abschliessen können. Jedoch werden die Outsourcing Gebühren von jährlich wiederkehrend Fr. 903'200.00 anfallen. Zuzugabe der einmaligen Investition gibt es über fünf Jahre die jährliche Abschreibung von Fr. 75'000.00.

Würden wir den Status Quo wählen, benötigten wir zusätzlich drei Personaleinheiten im Umfang von Fr. 1,251 Mio. Der Sachaufwand würde ungefähr gleich hoch bleiben wie bisher. Natürlich hätten wir dann zusätzliche Infrastrukturkosten.

Für den Aufbau eines neuen Rechenzentrums und des neuen Backup-Rechenzentrums rechnet man heutzutage mit Kosten von Fr. 1,5 Mio., abgeschrieben auf fünf Jahre à Fr. 300'000.00.

Die IT-Plattform-Outsourcing hatten wir ausgeschrieben und bekamen 12 Offerten.

Die Angebote wurden gemäss Kriterienkatalog bewertet und daraufhin konnten drei Anbieter zu einer konkreteren Offertunde eingeladen werden.

Die beste Lösung für dieses Plattform-Outsourcing bot uns die Firma OBT an.

stadtlängenthal

IT-Plattform-Outsourcing»
Vergleich Variante: Investitionskosten

Kriterien / Kosten	Status Quo optimiert	Plattform-Outsourcing
Ersatzbeschaffungen IT-Infrastruktur (Server, Betriebssysteme, Arbeitsplätze, Peripherie)	1'000'000.00 periodisch alle 5 Jahre (→ Abschreibungen)	keine, in Service-Gebühr enthalten
Investition in Disaster Recovery (DR) (Wiederanlauf im Notfall)	500'000.00 periodisch alle 5 Jahre (→ Abschreibungen)	keine
Investition für Outsourcing-Projekt	keine	~ 0.4 Mio. einmalig
Abschreibungen	300'000.00 jährlich wiederkehrend	75'000.00

Nach Ablauf der Abschreibungsdauer von fünf Jahren reduzieren sich – bei einer Vertragsverlängerung beim Provider um weitere drei Jahre – die Betriebskosten mit ISC-O um den Abschreibungsbetrag von Fr. 75'000.00. Die Abschreibung betrifft einmalige Dienstleistungsaufwände für die Bereitstellung, Implementierung und Migration.

Falls wir von der Option – nach fünf Jahren, um weitere drei Jahre den Vertrag zu verlängern – nicht Gebrauch machen wollen, müssten wir dann wieder neu ausschreiben und einen anderen Provider wählen.

stadtlängenthal

«IT-Plattform-Outsourcing»
Variantenvergleich Erfolgsfaktoren und Risiken

Kriterien / Erfolgsfaktoren	Status Quo optimiert	Plattform-Outsourcing
Services und Qualität IT-Betrieb		+
Versorgungssicherheit (inkl. Wiederanlauf Notfall)	o	++
Bewertigung IT-Innovationen	o	++
Betriebs- und Personalarisiken	keine wesentliche Verbesserung mittel	durch SLAs abgesichert gering
Leistungsbringer	Personal ISC mit eigener IT-Infrastruktur	externer Provider

o = moderat, + = gut, ++ = sehr gut

Basierend auf dem IT-Sourcing-Konzept der Schreiber IT-Consulting AG und dem dargestellten Variantenvergleich hat der Gemeinderat entschieden, zufolge den grossen Herausforderungen, den bevorstehenden Innovationsprojekten, des fehlenden Backup-Rechenzentrums und der personellen Anfälligkeit, als künftige Computing-Form den Betrieb der Systeme im Sinne eines Plattform-Outsourcings auszulagern.

stadtlängenthal

«IT-Plattform-Outsourcing»
Zielerreichung / Nutzen

Erfolgsfaktoren Plattform-Outsourcing	Auswirkungen	
Effizienter und wirtschaftlicher IT-Betrieb	<ul style="list-style-type: none"> Systemübergreifender, performanter, sicherer und stabiler IT-Betrieb Kompetenter Support 	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungsfähiges und zuverlässiges Hochverfügbarkeits-Rechenzentrum	<ul style="list-style-type: none"> Zwei aktiv betriebene Geo-redundante RZs Lösung für den Wiederanlauf im Notfall Einhaltung höchster RZ-Qualitätsstandards Bedarfsgerechte Bereitstellung der jeweils notwendigen Server- und Speicherleistung 	<input checked="" type="checkbox"/>
Attraktive Kosten	<ul style="list-style-type: none"> Senkt nachhaltig die IT-Betriebskosten Wegfall von Investitionen im ISC (keine Ersatzbeschaffungen, Ausbauten) 	<input checked="" type="checkbox"/>



Es ist heutzutage nicht mehr realistisch und verantwortbar, den ganzen IT-Betrieb künftig im Informatik Service Center der Stadtverwaltung weiterhin selber zu betreiben.

Wichtig ist, dass beim Outsourcing die IT-Strategie, das Applikationsmanagement sowie die Erfassung und das Bearbeiten der Daten in den zahlreichen Fachapplikationen und Büromatikanwendungen bei der Stadtverwaltung verbleiben.

Wir lagern wohl das System aus, aber das Knowhow behalten wir in der Stadtverwaltung.

Erfolgsfaktoren Plattform-Outsourcing	Auswirkungen
Wahrnehmung Lifecycle-Mgmt.	Keine Investitionen in Arbeitsplatzinfrastruktur <input checked="" type="checkbox"/>
Gewährleistung Datenschutz und Sicherheit	Einhaltung der jeweils gültigen rechtlichen Auflagen <input checked="" type="checkbox"/>
Bedarfsgerechte Erschliessung neuer Einsatzfelder für innovative IT	Digitalisierung Geschäftsverwaltung etc. <input checked="" type="checkbox"/>
Beseitigung der personellen Schwächen und Risiken im ISC	Eigenes Systemengineering entfällt Technologie-Know-how wird vergrössert Stellvertretungen sind gewährleistet <input checked="" type="checkbox"/>

Durch die Auslagerung des IT-Betriebes kann sich der Fachbereich Informatik von den stetig komplexer werdenden IT-betrieblichen Aufgaben (insbesondere Systemengineering, Change-Management von Hardware und Systemsoftware) entlasten und sich wieder auf seine Kernaufgaben und -kompetenzen konzentrieren. Hierzu gehören die IT-Beratung, das Projektmanagement, Konzeptionsarbeiten, der First-Level-Support für die applikatorischen und technischen Belange, einfache Changes vor Ort bezüglich Arbeitsplatz- und Druckersystemen, das gesamte Kommunikations- und Netzwerk-Management, das Management der Fachapplikationen und Cloud-Diensten etc.

Fazit:

Das Plattform-Outsourcing ist die Basis für optimale, moderne und wirtschaftliche IT-Leistungen zu Gunsten der Langenthalerinnen und Langenthaler, der Schülerinnen und Schüler der Volksschulen, der Behörden, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und soll zudem die Schwächen und Risiken der heutigen Situation reduzieren und die Stärken beibehalten.



Insbesondere wird eine signifikant höhere Systemverfügbarkeit und -leistung inklusive einer Lösung für den Wiederanlauf im Notfall durch die Auslagerung erreicht.

Die strategische Verantwortung bleibt weiterhin beim Fachbereich Informatik und die heutige Kunden- und Flexibilität bleiben erhalten. Dies erlaubt dem Fachbereich Informatik, sich künftig vermehrt auf die Applikationen, die Projekte, Organisation, Projektmanagement und den First-Level-Support zu fokussieren. Neben der Konzentration auf die Kernkompetenzen stehen der Wegfall von hohen Investitionen (Server, Speicher etc.), die hohe Versorgungssicherheit durch zwei redundant ausgestattete Rechenzentren, die hohe Professionalität durch eine breiter abgestützte Organisation und insbesondere die Reduktion von personellen Risiken im Zentrum.

Mit dem IT-Outsourcing-Projekt (ISC-O) gibt es künftig keine IT-Investitionskosten mehr für Hardware und Systemsoftware. Mit ISC-O wird die Kostenwirtschaftlichkeit des IT-Einsatzes in der Stadt Langenthal erhöht, d.h. dies führt zu Kosteneinsparungen gegenüber dem eigenen IT-Betrieb.

Zudem verfügt der neue Provider über profunde Praxiserfahrungen im Verwaltungs- und Schulumfeld und gewährleistet ausserdem, dass die Ziele der Auslagerung des IT-Betriebes des ISC Langenthal mit attraktiven Kosten erreicht werden. Die Betriebskosten können im Vergleich zu einer selbstbetrieblenen IT-Lösung sogar gesenkt werden und sind künftig eine gut planbare Konstante.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Die angestrebte Plattform-Outsourcing-Lösung entspricht dem Zeitgeist in der Informationsverarbeitung. Immer mehr Unternehmungen und Verwaltungen haben die Vorzüge dieser Art des Outsourcings erkannt und lagern ihren IT-Betrieb in geschützte technologisch hochmodern ausgestattete Rechenzentren, mit entsprechenden IT-Spezialisten zur effektiven Wahrnehmung der breitgefächerten Systemengineering- und IT-betrieblichen Aufgaben aus.

Bei einer Ablehnung dieser Vorlage müssten Ersatzinvestitionen getätigt werden und wir müssten versuchen, externes IT-Personal zu rekrutieren.

Aus den vorgenannten Gründen beantragt der Gemeinderat eine Auslagerung.

GPK-Mitglied Paul Werner Beyeler (EVP): Bei der Prüfung dieses Geschäftes hat sich die Geschäftsprüfungskommission erstens mit dem Datenschutz des Outsourcings auseinandergesetzt und zweitens mit allgemeinen Fragen.

Als Basis für die Datenschutz-Diskussion diente der Vertragsvorschlag mit dem externen Provider und die Stellungnahme dazu von Rechtsanwalt Kurt Stöckli, der die Geschäftsprüfungskommission in Datenschutzfragen unterstützt. Grundsätzlich steht das Amtsgeheimnis einem Outsourcing nicht entgegen. Dies ist ein wichtiger Punkt. Denn der Auftragnehmer, in diesem Fall der Provider, untersteht der gleichen Schweigepflicht wie der Auftraggeber, die Stadt selber. Deshalb ist eine allgemeine Verschlüsselung der Daten nicht zwingend notwendig. Wir hatten einige Korrekturen und Ergänzungen zum Vertrag. Diese sind von der Verwaltung kooperativ übernommen oder gut begründet abgelehnt worden. Zurück bleibt ein kleines Detail, welches noch offen, aber nicht matchentscheidend ist.

Eine Frage, die uns beschäftigte, möchte ich hier kurz ansprechen: Die Insolvenz eines Providers. Was passiert in einem Konkursfall? Salopp geschildert: Kommt am nächsten Morgen der Konkursbeamte, stellt den Strom für den Server ab, schliesst die Türe ab und geht wieder von dannen? Man kann kaum einen Konkurs ausschliessen. Technische Absicherungen sind zwar denkbar, aber sehr komplex und enorm aufwändig. Wir können vom Provider nur möglichst genaue Auskunft zum Geschäftsgang und seiner wirtschaftlichen Situation verlangen und bei einer kritischen Entwicklung eine Vorwarnung wünschen.

Die Geschäftsprüfungskommission hat betreffend Datenschutz keine grundsätzlichen Bedenken mehr, weil diese geklärt oder durch Ergänzungen im Vertrag geregelt werden konnten. Somit stellt sich die Geschäftsprüfungskommission einem Vertragsabschluss nicht mehr entgegen, empfiehlt jedoch abzuklären, ob durch das Outsourcing das Berufsgeheimnis oder besonders schützenswerte Personendaten betroffen sind, für die allenfalls vertragliche oder technische Sicherheitsvorkehrungen vorgenommen werden müssten – z.B. beim "Haslibrunnen".

Im Allgemeinen war die Hauptfrage: Warum wird dieses Geschäft so kurzfristig eingereicht? Bei dieser knappen Frist stört nicht die Höhe des Kredites – wir haben schon viel höhere Kredite genehmigt – sondern die Komplexität des Geschäftes, welches anspruchsvoll ist und viele Fragen aufwirft. Wir müssen uns bewusst sein, dass Outsourcing eine Einbahnstrasse ist.

Der Gemeinderat war der Ansicht, es handle sich um eine gebundene Ausgabe, aber dem ist nicht so. Die entsprechende Änderung wurde vorgenommen. Deshalb können wir nun über dieses Geschäft diskutieren und beschliessen. Den Vollzugstermin können wir leider nicht hinausschieben, denn auf Ende dieses Jahres hin muss das Outsourcing durchgeführt werden können.

Die Geschäftsprüfungskommission stellt einstimmig die formelle Richtigkeit der Vorlage fest. Somit kann das Geschäft hier auch entsprechend behandelt werden.



B Stellungnahmen (Allgemeines zur Vorlage)

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Die SP/GL-Fraktion hat dieses Geschäft intensiv diskutiert. Wir sind der Meinung, es stellt genau die Zeichen des heutigen Zeitverlaufes dar. Wenn man in Betracht zieht, dass selbst die Instagram-Stories unseres Stadtpräsidenten fast ein eigenes Rechenzentrum benötigen, denke ich, sind wir hier auf dem richtigen Weg.

Die IT-Anforderungen wachsen rasant und sind mit internem Personal nicht mehr zu bewältigen. Der Fachkräftemarkt ist ausgetrocknet. Das Outsourcing ist in diesem Kontext auch nicht zwingend unter dem Aspekt der Kostenoptimierung zu verstehen, sondern vor allem unter dem Aspekt, dass die geforderten Dienstleistungen und Qualitätsansprüche an die IT erfüllt werden können. Im Rahmen der Möglichkeiten der Stadtratsfraktion erachten wir das vorstehende Projekt als zielführend und gut ausgearbeitet. Der SP/GL-Fraktion ist es natürlich wichtig, dass der geplante Stellenabbau im Rahmen einer normalen Fluktuation oder zumindest sozialverträglich erfolgt.

Die SP/GL-Fraktion wird diesem Geschäft einstimmig zustimmen.

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher-Conrad Antrag (Durchführung 2. Lesung mit Auflagen) der SVP-Fraktion

(SVP): Die SVP-Fraktion begrüsst die Outsourcing-Variante eindeutig. Dieses Vorgehen ist heute auch in grossen Wirtschaftsunternehmen üblich, denn es minimiert Risiken und führt nebenbei auch zu Kostenreduktionen. Von daher sind wir auch der Meinung, ein Outsourcing ist das einzig richtige. Gleichwohl möchten wir von der SVP-Fraktion einen Antrag auf eine zweite Lesung mit gewissen Auflagen stellen. Ihr seht den Antrag hier.

1. Der Stadtrat beschliesst die Behandlung der Vorlage in zwei Lesungen.
2. Der Gemeinderat wird für die 2. Lesung beauftragt, die Kosten der Vorlage in allgemein verständlicher Form darzustellen. Dabei sind für beide Varianten (Inhouse und Outsourcing) Investitionen und Betriebskosten über 5 Jahre zu erheben und nach Leistungs- resp. Kostenart auszuweisen. Zudem sind die Kosten zu beziffern, die bei "eingefrorenem" und befristetem Weiterbetrieb der bestehenden Lösung für 1 oder max. 2 Jahre anfallen.
3. Bis zur definitiven Entscheidung des zuständigen Organs sind keine Investitionen zu tätigen, die über die Sicherstellung des Betriebes "Status Quo" hinausgehen.

Aus unserer Sicht ist die Kostendarstellung intransparent. Hiermit ist eine seriöse Betrachtung dieses Geschäftes nicht möglich. Auch für eine Fachperson, die milizmässig die finanziellen Auswirkungen dieses Projektes beurteilen muss, ist es – aus den zum Teil nicht gleichstrukturierten Zahlentabellen und den unterschiedlichen Dokumenten – nur in mühseligster Kleinarbeit möglich, eine aussagekräftige Kostensicht zu ermitteln. Wir weisen – ohne den vollen Durchblick bezüglich Kosten – auf Folgendes hin: Die Migrationsprojekte in einer Outsourcing-Lösung – vielen auch bekannt als SARS-Lösung – sind in allen bekannten Fällen mindestens kostenneutral. Hochmehrerheitlich werden dadurch signifikante Einsparungen inhouse erreicht, die dann zum Teil, zugegebenermassen, durch die externen Kosten kompensiert werden. Ein Blick auf das interne Organigramm der heutigen IT der Stadt Langenthal lässt ein Potential von vier bis fünf Stellen vermuten. Die Schreiber IT Consulting, die aus meiner Sicht einen sehr guten Bericht verfasst hat, dokumentiert das Potenzial – wie auch von unserem Stadtpräsidenten kommentiert – von 3,5 Stellen. Es werden bei den budgetierten Betriebskosten – auf der Seite 16 – lediglich eine Reduktion von 1,5 Stellen ausgewiesen, mit Verweis auf das ict4kids-Projekt, das sich zur Zeit noch nicht in der Umsetzung befindet. In allen Neuausrüstungs- oder Migrationsprojekten werden üblicherweise die Kosten als Varianten aufgeteilt, nach Investition und nach laufenden Kosten, inkl. Abschreibungen über fünf Jahre dargestellt. Eine Betrachtung der Kosten über die Abschreibungsdauer und damit den Lebenszyklus eines IT-Konzeptes ist auch beim Kanton Bern seit Jahrzehnten ein etablierter Branchensusus. Uns werden wohl Jahresauszüge auf Seite 16 des Berichtes und im Antrag zum Traktandum 1 präsentiert, aber lediglich die budgetierten Betriebskosten für das Jahr 2019 und 2020 mit, respektive ohne ISC-O ausgewiesen. Es wird von einer jährlichen Reduktion von rund Fr. 320'000 gesprochen, was letztendlich, ehrlich gesagt, nur der Reduktion der Abschreibung der Hardwarekosten entspricht. Die aufgeführten Kosten sind nicht auf bestehende und ausgebaute Leistungen aufgeteilt. Damit komme ich zurück zum Antrag der SVP-Fraktion.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Wir beantragen dem Stadtrat, die Behandlung der Vorlage in zwei Lesungen zu beschliessen. Der Gemeinderat wird für die zweite Lesung beauftragt, die Kosten in der Vorlage in allgemein verständlicher Form darzustellen. Dabei sind für beide Varianten, Inhouse und Outsourcing, Investitionen und Betriebskosten über fünf Jahre zu erheben, und nach Leistung, respektive Kostenart auszuweisen. Zudem sind die Kosten zu beziffern, die bei eingefrorenem und befristetem Weiterbetrieb der bestehenden Lösung für ein oder maximal zwei Jahre anfallen. Bis zur definitiven Entscheidung des zuständigen Organs sind keine Investitionen zu tätigen, die über die Sicherstellung des Betriebes Status Quo hinausgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte euch bitten, unseren Antrag zu unterstützen, nicht weil er von der SVP-Fraktion ist, sondern weil ich aufgrund meines Berufes seit über 20 Jahren riesen grosse IT-Projekte verantworte. Ich finde, wir sind es den Bürgerinnen und Bürger von Langenthal schuldig, dass wir abgestützt auf fundierte Erkenntnisse ihnen einen entsprechenden Beschluss präsentieren können.

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP): Die Begeisterung über dieses Traktandum hält sich bei der FDP/jll-Fraktion in engen Grenzen. Diesmal nicht, weil das Geschäft schlecht vorbereitet wäre. Im Gegenteil. Wir finden, es ist gut und umfassend vorbereitet worden und über den SVP-Antrag können wir noch diskutieren.

Was uns aber einmal mehr Sorgen bereitet, ist der Zeitpunkt, an welchem diese Angelegenheit zu uns in den Stadtrat kommt. Wir wissen, dieses Geschäft wurde im Februar 2015 an die Hand genommen. Jetzt haben wir März 2019 und befassen uns zum ersten Mal mit diesem riesen Geschäft, welches eine grosse Bedeutung hat. Welchen Handlungsspielraum haben wir noch? Keinen. Wir finden dies unbefriedigend. Weshalb hat man den Stadtrat nicht vor zwei, drei Jahren einmal gefragt, in welche Richtung marschiert werden soll? Wir haben keine Antwort auf diese Frage. Tatsache ist, dass wir in der FDP/jll-Fraktion für den jetzigen Zeitpunkt keine Alternativen mehr sehen. Dies ist eine sehr unbefriedigende Situation, aber der Stand ist nun einfach so, weshalb wir dieses Geschäft trotzdem einstimmig unterstützen.

Ich betone es nochmals: Solche Vorlagen müssen künftig viel früher dem Parlament vorgelegt werden, um die Marschrichtung festlegen zu können. Im nachfolgenden Traktandum fand ein besserer Prozessablauf statt. Wieso wurde dieses Traktandum hier nicht gleich aufgegleist? Diese Frage stellt sich unsere Fraktion, denn es ist leider nicht das erste Mal, dass ein Geschäft so verläuft. Doch jetzt können wir nicht anders, als diesem Geschäft zuzustimmen.

EVP/glp-Fraktion, Werner Paul Beyeler (EVP): Aus unserer Sicht ist das Outsourcing, wie es vorgeschlagen ist, der richtige Weg in die Zukunft. Die Unsicherheiten und Risiken bei einem Alleingang sind zu gross. Die Unterlagen sind unbestritten ausführlich und aussagekräftig. Auch von der Kostenseite her scheint die Rechnung aufzugehen. Deshalb werden wir diese Vorlage unterstützen und hoffen, dass eine klare Mehrheit des Stadtrates ebenso handelt.

Eine einstimmige Zustimmung wäre schön. Warum? Weil es darüber noch eine Volksabstimmung gibt. Dann sind wir auch auf die Zustimmung von Personen aus meiner Generation angewiesen, welche sich mit der Vorlage dieser Botschaft eher schwer tun werden. Ich weiss nicht, wie viele Stimmberechtigte den Leistungsumfang mit den vier Leistungspaketen auf der Seite 4 der Botschaft einigermaßen verstehen werden. Vielleicht denken sie: "Ich verstehe diese Botschaft nicht und gehe nicht stimmen." oder "Ich stimme Nein, wie ich es immer mache, wenn ich etwas nicht verstehe."

Das Outsourcing wird aufgrund vieler Datenskandale (Datendiebstahl, Datenmissbrauch usw.) kritisch beobachtet. Auch an den Veranstaltungen zum Thema "Internet für Senioren" wird jeweils darauf hingewiesen, dass "nichts aus der Hand" gegeben werden soll und dass man vorsichtig sein soll. Doch wir nehmen nun ein Outsourcing vor. Dadurch fühlen sich einige aus meiner Generation bedroht. Sie befürchten, dass ihre persönlichen Daten in fremde Hände kommen. Deshalb müssen wir eindeutige und klare Überzeugungsarbeit leisten und diese Vorlage möglichst einstimmig gutheissen.



Stadtpräsident Reto Müller (SP): Den unterstützenden Fraktionen danke ich für ihre Voten. Es ist mir wichtig zu betonen, dass dieses Geschäft nach allen Regeln der Kunst aufgebaut wurde. Der aufgestellte Kriterienkatalog ist umfassend und wasserdicht – auch im Quervergleich mit anderen Gemeinden, die eine IT-Plattform-Outsourcing vorgenommen haben. Wir führten eine seriöse Ausschreibung durch. Ich bin überzeugt, dass wir über den ganzen Bereich, inklusive Datenschutz, die besten Anbieter gewählt haben, die für uns die Informatik sauber, zuverlässig und sicher in der Zukunft betreiben werden.

Wer fragt, erhält Antworten. Wenn ihr aber eure Fragen erst heute Abend stellt, dann wird es schwierig. Betreffend Fragen zum Handlungsspielraum der FDP/jll-Fraktion kann ich antworten: Wir haben keinen Handlungsspielraum. Der Gemeinderat hat auch keinen Handlungsspielraum. Wir finden nicht einmal Personal für die vakante Stelle, die wir ausgeschrieben hatten. Wir haben zu wenig Fachpersonal, um den Betrieb gewährleisten zu können. Insofern kann man sich fragen – der Gemeinderat hat sich diese Frage mehrfach gestellt: Ist es eine gebundene Ausgabe oder nicht?

Gebundene Ausgaben sind für Aufgaben, für welche es keinen Handlungsspielraum gibt. Sie sind für die Dienstleistungen bestimmt, die gesetzlich erfüllt werden müssen. Man kann sich im heutigen Umfeld fragen: Ist der IT-Betrieb eine gesetzliche Pflicht? Wenn man in der Lösung keinen anderen Handlungsspielraum hat, besteht in dieser Frage wenigstens ein Handlungsspielraum? Wir sind zuerst davon ausgegangen – dazu stehen wir öffentlich und in aller Transparenz – dass es sich um eine gebundene Ausgabe handelt, die der Gemeinderat abschliessend bewilligen kann. Doch mittlerweile ist bekannt, dass der Kanton Bern solche Ausgaben nicht als gebundene behandelt und die entsprechenden Kredite dem Grossen Rat vorlegt. Alle während meiner Zeit im Grossen Rat vorgelegten IT-Kredite waren jeweils unbestritten und ohne Diskussion durchgewinkt worden. Es ist auch für den Kanton Bern eine extrem komplexe Materie. Diesen Vergleich wollte ich euch nicht vorenthalten.

Die Stadt Bern hatte im letzten Herbst einen riesigen Kredit – ebenfalls mit gleichen oder ähnlichen Rahmenbedingungen, wie wir sie hier gesetzt haben – dem Stimmvolk unterbreitet, welcher problemlos gutgeheissen wurde. Insofern frage ich mich: Sind wir spezieller als andere? Aus meiner Sicht haben wir keinen Handlungsspielraum. Wir müssen dieses IT-Plattform-Outsourcing vornehmen können.

Deshalb – nehmt es mir nicht übel – bin ich vom Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion einerseits überrascht und andererseits auch enttäuscht. Zwischen den Fraktionssitzungen und der Stadtratssitzung räumten wir extra zwei Wochen Zeit ein, damit für die Vorlage noch allfällige Fragen gestellt werden können. Niemand stellte eine Frage, weder bei Aris Zemp, noch bei Sandra Steiner-Krauer, noch bei mir. Wir könnten euch sogar nach Budgetgruppen aufzeigen, welche Leistungen und Kostenarten künftig zu erwarten sind oder wir in der Vergangenheit hatten. Ihr hättet diese Angaben abholen können. Deshalb erlaubt mir heute Abend eine Bemerkung: Vielleicht ist nicht alles nur eine Bringschuld des Gemeinderates. Man könnte uns vorab Fragen stellen, die wir bereinigen und danach auf die Seite legen können, damit man an der Stadtratssitzung abstimmungsbereit ist. Ihr verlangt mehr Information. Doch wir sollten diese Abstimmungsvorlage am 19. Mai 2019 dem Volk unterbreiten können. Ihr verlangt auch, dass wir keine zusätzlichen Investitionen tätigen, die über den Status Quo von heute hinausgehen. Ich muss euch aber sagen, dass die Zahlen von heute zu günstig sind. Wir haben heute null Abschreibungen und eine Stelle nicht besetzt. So günstig wird eine Informatik nie mehr, wie sie heute ist. Wir müssten ansonsten investieren, denn es geht nicht anders. Wenn ihr heute nicht entscheiden wollt, dann wird dies bei uns zu einem Zustand führen, der nicht mehr verantwortbar wäre. Dieser Ausnahmezustand würde dazu führen, dass wir eine gebundene Ausgabe bewilligen müssten. Diese Situation jedoch will hoffentlich niemand anstreben oder erreichen. "Das Dach rinnt jetzt noch nicht und bevor es rinnt, wollen wir ein neues, anstatt das alte dann umständlich reparieren zu müssen."

Im Namen des Gemeinderates nehme ich diesen Rückweisungsantrag, welchen wir nicht beraten konnten, nicht an. Der Gemeinderat bleibt bei der Vorlage, wie er sie euch unterbreitet hat. Er steht einstimmig hinter diesem Geschäft.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich erlaube mir zu präzisieren, dass es sich hier nicht um einen Rückweisungsantrag handelt, sondern um einen Antrag zur Durchführung einer zweiten Lesung. Wir stimmen ab über den Antrag zur Durchführung einer zweiten Lesung:

Abstimmung über Antrag der SVP-Fraktion:

10 Stimmen Ja

26 Stimmen Nein

2 Stimmen Enthaltung

abgelehnt

Antrag (Durchführung 2. Lesung mit Auflagen) der SVP-Fraktion

1. Der Stadtrat beschliesst die Behandlung der Vorlage in zwei Lesungen.
2. Der Gemeinderat wird für die 2. Lesung beauftragt, die Kosten der Vorlage in allgemein verständlicher Form darzustellen. Dabei sind für beide Varianten (Inhouse und Outsourcing) Investitionen und Betriebskosten über 5 Jahre zu erheben und nach Leistungs- resp. Kostenart auszuweisen. Zudem sind die Kosten zu beziffern, die bei "eingefrorenem" und befristetem Weiterbetrieb der bestehenden Lösung für 1 oder max. 2 Jahre anfallen.
3. Bis zur definitiven Entscheidung des zuständigen Organs sind keine Investitionen zu tätigen, die über die Sicherstellung des Betriebes "Status Quo" hinausgehen.

C Detailberatung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)/Abstimmung über Anträge

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es gibt weder vom Gemeinderat noch von den Fraktionen, noch von Einzelsprechenden Bemerkungen zur Detailberatung.

III Abstimmung:

D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)

■ **Der Stadtrat stimmt dem grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I./1. – 4.) mit 35 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zu.**

E Detailberatung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussesentwurf Ziffer II. / Abstimmung über Anträge)

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP) hält fest, dass weder Bemerkungen noch Anträge zu den Seiten 1 bis 18 vorhanden sind.

F Schlussabstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

■ **Der Stadtrat stimmt dem Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussesentwurf Ziffer II.) mit 36 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 1 Enthaltung) zu.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



2. Projekt "ict4kids2": Erarbeitung der Detailkonzeption; Projektgenehmigung und Kreditbewilligung

I Eintretensfrage:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass das Eintreten unbestritten bleibt und schweigend genehmigt ist.

II Detailberatung:

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Mit der Annahme und Weiterleitung an das Volk der vorherigen Vorlage habt ihr auch beschlossen, dass neue Geräte für "ict4kids" angeschafft werden sollen. Im ICT-Konzept 1, welches 2011 verabschiedet wurde, fehlte das WLAN, was heute ein elementarer Teil ist. Im Weiteren wollen wir mit diesem Kredit, ein Detailkonzept erarbeiten, welches auf dem pädagogischen Konzept basiert. Es werden folgende Fragen gelöst: Welche Geräte sollen genau angeschafft werden? Welche Software wollen wir? Was wird in Zukunft noch auf uns zukommen? Wir wollen parat sein. Da wir im Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) nicht so gut bedient waren mit IT-kompetenten Leuten, haben wir die Schreiber IT Consulting als Berater engagiert. Sie übernehmen das Controlling und überwachen den Prozessablauf. Im Kredit von Fr. 65'000 ist auch noch eine Reserve eingerechnet. Wir hoffen, dass wir mit diesem Projekt den Schülern eine moderne, WLAN-fähige Infrastruktur bieten können. Somit sind sie mobil und können in allen Fächern online arbeiten, anstatt nur in den IT-Räumen.

Im Bericht und Antrag wird darauf verwiesen, dass die Umstellungen wegen dem Lehrplan 21 notwendig werden. Ja, das ist richtig. Aber mir ist es wichtig, zu betonen, dass wir diesen Strategiewechsel benötigen, denn die bisherige Infrastruktur ist auch ohne Lehrplan 21 am Ende ihres Lebenszyklus. So wie bisher können wir nicht weiterarbeiten.

GPK-Präsident, Pascal Dietrich (FDP): Die Geschäftsprüfungskommission fragte nach: Wurde der Kredit für "ict4kids" von 2011 von rund Fr. 3 Mio. bereits vollständig aufgebraucht? Ja, dies sei tatsächlich der Fall. Natürlich wurde mit dem Geld wirtschaftlich umgegangen, z.B. gab es Kernbohrungen, die dauerhaft bleiben. Nun wird ein neuer Kredit benötigt.

Die Geschäftsprüfungskommission wollte wissen, wieso die Volksschulkommission nicht einstimmig hinter diesem Geschäft steht. Uns wurde erläutert, dass in der Kommission über den Abdeckungsumfang diskutiert wurde: Soll diese IT-Infrastruktur bis in die 1. Klasse reichen? Ab welchem Alter sollen die Kinder mit der IT-Welt konfrontiert werden? Darüber war man sich nicht einig. Auch bei der Wahl der Geräte gab es Differenzen. Aus diesen beiden Gründen steht die Volksschulkommission nicht einstimmig hinter diesem Geschäft.

Im Weiteren fragte sich die Geschäftsprüfungskommission, wie hoch der Kredit dann wohl effektiv sein mag. Das könne man jetzt noch nicht genau beziffern, weil man es wirklich noch nicht wisse. Von unserer Seite wurde darauf hingewiesen, dass das Finanzamt klar darüber orientierte, dass im Investitionsplan für diese Umstrukturierung nur Fr. 1 Mio. zur Verfügung stehen. Man wisse nicht, ob diese Million genüge. Deshalb will die Geschäftsprüfungskommission nochmals darauf aufmerksam machen, dass im Investitionsplan nur Fr. 1 Mio. und nicht etwa Fr. 3 Mio. eingesetzt worden sind.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Feststellung zu Händen des Protokolls: Keine weiteren Wortmeldungen.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Das Projekt zur Erarbeitung der Detailkonzeption "ict4kids2" wird genehmigt.**
2. **Der erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 65'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6600.5060.05 ("ict4kids2"; Projektierung), bewilligt.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Protokollauszug an

- Gemeinderat



3. Erhöhung des jährlichen Unterstützungsbeitrags an die Kosten der Eismiete der SC Langenthal Nachwuchs AG: Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintretensfrage:

Stadratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass das Wort zur Eintretensfrage gewünscht wird.

Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Ich stelle hiermit den Antrag, auf dieses Geschäft nicht einzutreten und begründe es kurz: Das Eintreten auf dieses Geschäft stellt meines Erachtens einen ordnungspolitischen Sündenfall dar. Das Geschäft ist unseriös vorbereitet, ungenügend dokumentiert, beinhaltet auch inakzeptable Drohkulissen und ist einmalig in der jüngeren Geschichte des Stadtrates. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es schon einmal vorkam, dass sämtliche vorberatenden Behörden ein Geschäft ablehnen und dieses trotzdem unverändert beim Parlament eingereicht wird.

Noch wichtiger ist: Mit vorliegendem Geschäft wird die Ungleichbehandlung von Sportvereinen verstärkt – ohne Antworten auf eine faire Praxis und Handhabung zur Förderung von Nachwuchsbereichen in den Sportvereinen zu geben. Ich bitte euch deshalb, um Annahme dieses Nichteintretensantrags.

Stadratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Feststellung zu Händen Protokoll: Das Wort zur Beratung des Nichteintretensantrags wird weder vom Gemeinderat (Helena Morgenthaler) noch von den Fraktionssprechenden verlangt.

Pascal Dietrich (FDP): Dies ist ein Geschäft, welches ganz klar die Leute beschäftigt, sei es draussen auf der Strasse oder hier drinnen – es bewegt uns alle. Wir sehen es, der Start zu diesem Geschäft ist bereits dementsprechend. Es gibt Argumente dagegen, wie Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch dies bereits anführte, und es gibt Argumente dafür. Für den Austausch dieser Argumente ist das Parlament da. Ich finde es grundfalsch, wenn wir schon zu Beginn diese Debatte abwürgen, womit dieses Geschäft bereits erledigt und kein Eintreten darauf möglich wäre. Tauschen wir die Argumente jetzt doch aus, damit wir eine Auslegeordnung vornehmen können. Danach entscheiden wir. Ich bitte euch dringend, diesen Nichteintretensantrag abzuweisen.

Lars Schlapbach (SVP): Dass man über diesen Antrag geteilter Meinung sein kann, ist unbestritten. Ich möchte euch bitten, dass wir uns grundsätzlich fragen, wie unsere Haltung gegenüber dem SCL ist. Das ist eine wichtige Frage. Wir müssen uns überlegen: Was wollen wir machen? Wollen wir einen Schritt weitergehen? Es ist eine Grundsatzfrage, die wir uns stellen müssen. Wir hatten schon mehrmals ein SCL-Geschäft zur Behandlung hier. Ich bin der Meinung, dass wir den SCL-Nachwuchs nicht vergleichen können mit einem Kegelclub. Ja, die Ungleichbehandlung steht natürlich schon im Raum. Aber es kann nicht sein, dass wir dieses Geschäft zum Vornherein abwürgen oder hinausschieben und nicht unterstützen. Wir können dieses Thema auch anders anschauen: Welches Signal wollen wir als Stadtrat nach aussen tragen? Mit dem SCL haben wir einen Werbeträger. Wir sollten auch wieder einmal ein Zeichen setzen.

Stadratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Bitte um Abgabe der Stimme für Nichteintreten oder Eintreten. Zu Händen des Protokolls und der Stimmzählenden ergeht der Hinweis, dass unterdessen 39 Stadträtinnen und Stadträte anwesend sind.

Abstimmung:

35 Stimmen	für das Eintreten auf das Geschäft
2 Stimmen	für das Nichteintreten auf das Geschäft
2 Stimmen	Enthaltungen



II Detailberatung:

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP):

In meinen Ausführungen komme ich zuerst auf die Ausgangslage. Sie erinnern sich, vor den Herbstferien herrschten zwischen dem SCL und dem Gemeinderat gewisse Uneinigkeiten. Diese wurden medial noch etwas aufgeputscht.

Die Stadt hat die Initiative ergriffen und für eine Mediation plädiert. Mediation heisst, man vermittelt und man erstellt eine gemeinsame Vereinbarung.

Diese ausgearbeitete Vereinbarung ist in einer Art Memo nach zwei Mediationsitzungen auf einem Koordinationspapier festgehalten worden. Der Hauptinhalt dieses Koordinationspapiers steht im Bericht und Antrag auf Seite 5 von 15. Der Koordinationsplan beinhaltet nichts zum Geschäft zur Erhöhung des Unterstützungsbeitrages für die Nachwuchs AG. Die Unterstützungsanfrage wurde durch ein Gesuch am 7. Dezember 2018 eingereicht.

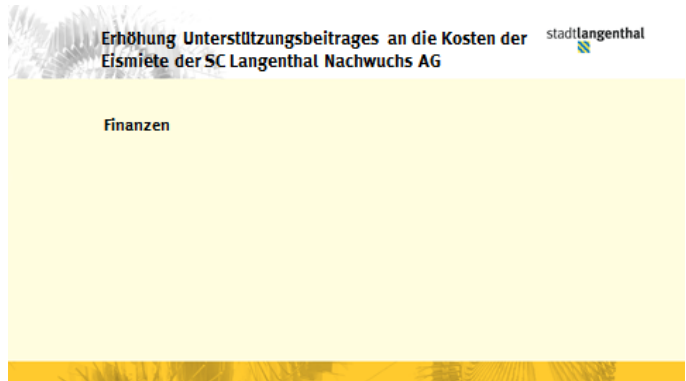
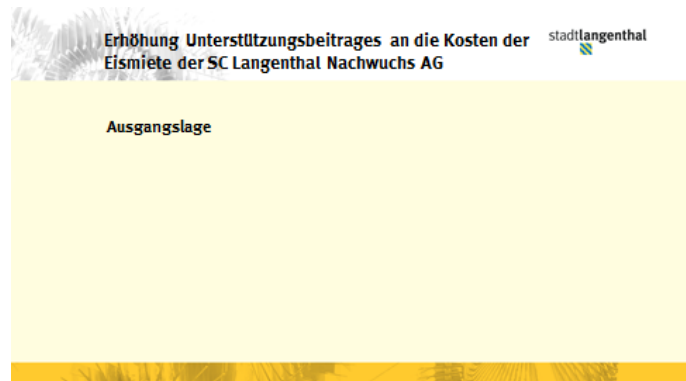
Mit wem haben wir es zu tun? Mit der SCL Nachwuchs AG. Sie ist eine Tochter der SCL AG. Der ganze Verein hat 900 Mitglieder. Die SCL Nachwuchs AG hat 300 Mitglieder und ist in den letzten sieben Saisons von 200 auf 300 Mitglieder gewachsen – eine enorme Steigerung. Sie umfasst 14 Mannschaften, welche von 40 Miliztrainern gefördert werden. Der Fokus der Nachwuchs AG liegt ganz klar im Breitensport. Natürlich ist der Leistungssport auch ein Thema. Eishockey zählt in der Schweiz, zusammen mit dem Fussball, zu den beliebtesten Sportarten. Die SCL Nachwuchs AG ist zahlenmässig eine der grössten Nachwuchsbewegungen des Kantons Bern und hat 2018 das Label als bester Ausbildungsclub bekommen. Das Ziel der Nachwuchs AG ist, dieses Label jährlich wieder zu erlangen.

Eishockey ist ganz klar – wie auch andere Sportarten – eine Lebensschule, eine Freizeitgestaltung, fördert den Teamgeist, den Durchhaltewillen und die Loyalität. Mit den beiden jungen Langenthalern, Sven Bärtschi und Yannick Rathgeb sind zwei aus dem Nachwuchs in die National Hockey League (NHL) aufgestiegen und bereits in die Schweizer Eishockeynationalmannschaft aufgeboten worden. Luca Wyss hat an der U20 WM in Kanada teilgenommen und für Furore gesorgt. Ein Mitglied des SCL Nachwuchsteams zu sein, bedeutet, den ersten Schritt in den Sportprozess geschafft zu haben.

Nun Fakten zu den Finanzen: Man war sich seitens des SCL schon 2012 einig, dass der beschlossene Jahresbeitrag von Fr. 125'000.00 an die Eiskosten für den Nachwuchs nicht reichen werde. Der Hauptgrund ist die steigende Anzahl von Nachwuchsspielern. Die Erziehungsberechtigten beteiligen sich mit Kosten von Fr. 840.00 bis Fr. 1'650.00 für ihren Jugendlichen – wohlverstanden ohne Material und Bekleidungskosten. Das ist eine grosse Belastung für eine Durchschnittsfamilie.

Eine Übersicht über andere Eishockeyvereine hat ergeben, dass die Nachwuchsbewegungen des SCB, SCL Young Tigers, EV Zug, EHC Kloten und SC Rapperswil-Jona keine Eismieten zahlen müssen.

Rund 20 % der Mitglieder des SCL Nachwuchses seien nicht in Langenthal wohnhaft. Ja, das stimmt. Aber Langenthal nimmt auch hier eine Zentrumsfunktion ein – wie für andere Sportarten auch und ebenso teilweise für den Fussball, für die Leichtathletik und für verschiedene kulturelle Institutionen.





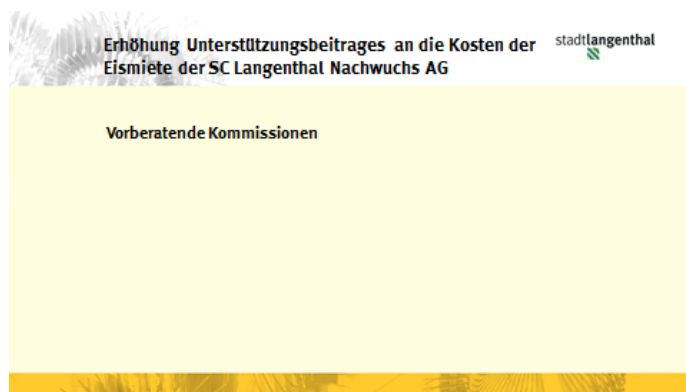
Eishockey ist zweifellos eine sehr teure Sportart. Eigentlich wäre sogar geplant gewesen, dass wir heute Abend hier auch noch für das Kunstrasenfeld des FC abstimmen sollten. Ich habe eine Rechnung des Stadions gesehen mit 6-stelligen Zahlen. Also auch andere Sportarten sind sehr teuer.

Der SCL wird weiterhin bemüht sein, die Herkunftsgemeinden um Beiträge zu bitten. Das war ein weiterer Punkt, den wir vereinbarten. Der SCL will auch künftig, dass alle Nachwuchsspieler eine Jahreskarte der Kunsteisbahn AG kaufen. Finanziell hat die SCL Nachwuchs AG ihre Mittel nicht nur aus den Mitgliederbeiträgen generiert, nein, jeder Spieler aus der ersten Mannschaft leistet jährlich einen Obolus an die Nachwuchs AG. Dies ist so in seinem Vertrag vereinbart. Im Weiteren fließen Vereinsbeiträge des SCL Vereins in den Nachwuchs. Zudem werden Sponsorengelder, die für die erste Mannschaft gedacht wären, in den Nachwuchs geschüttet, als sogenanntes Quersponsoring – ohne dies ging es gar nicht. Und immer wieder haben grosszügige Geldgeber der SCL Nachwuchs AG geholfen, damit zuletzt die Rechnung, wie sie sich im Bericht und Antrag auf Seite 13 präsentiert, aufgegangen ist. Man muss nur die Rechnung von hinten zu lesen beginnen und dann sieht man, was für Beträge von gewissen guten Seelen geleistet werden. Die Überweisung des Unterstützungsbeitrages für die Nachwuchs-Eiskosten wird auch künftig tranchenweise und direkt an die Kunsteisbahn ausbezahlt. Der Nachwuchs im Schoren bekommt im Maximum 1'250 Eisstunden pro Jahr und es wird nur entgolten, was bezogen wurde. Es geht kein Geld an die Eiskosten nach Huttwil.

Die Jahresrechnung der Nachwuchs AG ist selbstverständlich für die Gesuchbeurteilung dem Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) vorgelegt worden. Die relevanten Zahlen sieht ihr im Bericht und Antrag auf der Seite 13 von 15 – also für alle einsehbar und transparent.

Im Reglement der Sportkommission vom 21. August 2006 steht im Artikel 1: "Die Stadt fördert den Sport." Dabei handelt es sich um ein Ziel und eine Aufgabennorm im Sinne einer bundesgerichtlichen Rechtsprechung und im Sinne der Kommentarbücher der Rechtsgelehrten. Es liegt somit eine gesetzliche Grundlage für die Unterstützung des Nachwuchses des Eishockeys vor. Auch das Leitbild "Bewegung und Sport" weist in verschiedenen Abschnitten darauf hin.

Ja, es stimmt, die vorberatenden Kommissionen haben dieses Geschäft abgelehnt. Die Sportkommission ist keine politische Kommission. Sie besteht aus Interessenvertretern aller Sportarten, welche dieses Geschäft logischerweise aus einem anderen Blickwinkel beurteilen. Sie haben es abgelehnt, weil sie finden, es wäre eine Bevorzugung gegenüber dem Nachwuchs anderer Sportvereine.



Im Weiteren ist ihnen auch der geringe Prozentsatz der Langenthaler Nachwuchs-Eishockeyaner sauer aufgestossen und sie haben deshalb angeregt, wir sollen vermehrt auf die Herkunftsgemeinden zugehen.

Auch die Finanzkommission hat genau diese beiden Punkte bemängelt. Zudem hat sie beschlossen, wir sollen dieses Geschäft, wenn ein neues Gesuch eingereicht würde, erst nach der Abstimmung im Herbst vorlegen. Der Gemeinderat erachtet dieses Vorgehen als nicht sachdienlich und zielorientiert.

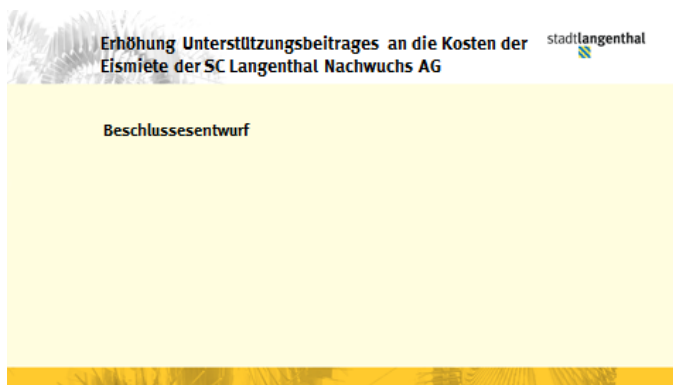


Stadtrat

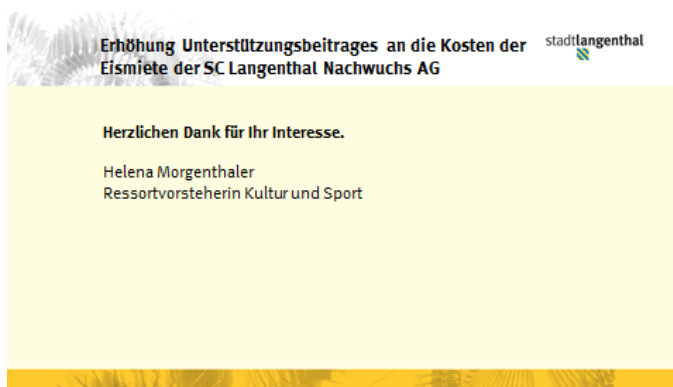
Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Der Gemeinderat erachtet dieses Geschäft als formal korrekt und unterbreitet euch deshalb diesen Beschlussesentwurf, wie ihr ihn in den Akten findet.

Helfen wir dem Eishockey Nachwuchs in eine finanziell gesichertere Zukunft – mit den Auflagen, die ich vorhin aufgezählt habe.



Menschen begeistern, Jugend fördern, Langenthal und den Oberaargau stärken, das machen alle Sportvereine, aber auch im Speziellen der Eishockey Nachwuchs.



GPK-Mitglied Bernhard Marti (SP): Nun wird es kompliziert und sehr formaljuristisch. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich an ihrer Sitzung und auch danach sehr ausführlich mit dem vorliegenden Geschäft auseinandergesetzt. Der Beschluss wurde knapp gefällt.

Uns beschäftigte die Frage: "Warum hat der Gemeinderat – entgegen der Anträge der Sport- und Finanzkommission – entschieden, dass die Verdoppelung des Unterstützungsbeitrages doch zur Abstimmung vorlegt werden soll?" Es ist uns dann von der zuständigen Gemeinderätin erörtert worden, dass sie dieses Gesuch betreffend den Nachwuchs unabhängig beurteilen lassen wollen – als unabhängige Beurteilung eines einzelnen Gesuches.

Die Geschäftsprüfungskommission stellte fest, dass der oft zitierte Koordinationsplan in den zugestellten Akten und in den Grundlageakten fehlt. Es wurde uns mitgeteilt, dass sich dieser in einem anderen, nicht öffentlichen Dossier befindet. Heute hören wir von der zuständigen Gemeinderätin, dass der Koordinationsplan praktisch 1:1 im Bericht und Antrag wiedergegeben wurde. Dies können wir nicht prüfen.

Uns wurde erläutert, dass die Finanzkompetenzgrenze für den vorliegenden Beschluss eingehalten sei und, dass der Stadtrat diesen Beschluss aber nicht im Rahmen der alljährlichen Budgetdebatte widerrufen kann. Falls der Stadtrat dies aber möchte, müsste er einen entsprechenden Vorstoss einreichen, welcher danach – bis zu seiner Umsetzung, unter Umständen ein paar Jahre später – eventuell keine Wirkung mehr entfalten könnte und der doppelte Beitrag weiterhin zu leisten wäre. Eine Zusage zur Verdoppelung der Unterstützung würde also für mehrere Jahre gelten.

Mit gewisser Irritation musste die Geschäftsprüfungskommission zur Kenntnis nehmen, dass dem Antrag, dem ursprünglichen Antrag der SCL Nachwuchs AG, nicht mal eine Jahresrechnung oder Bilanz beigelegt war. Es ist also ein Antrag ohne jegliche Offenlegung von Basisdaten. Immerhin sind diese Unterlagen dann später nachgereicht worden. Und dort konnte die Geschäftsprüfungskommission feststellen, dass in den beiden Rechnungsjahren, die uns bekannt sind, nur kleine Defizite, wenn man diesem so sagen darf, bestanden.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Nebst dem, dass dieses Geschäft wegen fehlenden Unterlagen nicht abschliessend beurteilt werden kann, ist das Geschäft auch in anderer Form, in formeller Hinsicht problematisch. Gemäss dem Kommentar des Gemeindegesetzes des Kantons Bern – Beitrag von Rechtsanwalt Daniel Arn – brauchen wiederkehrende, erhebliche Ausgaben eine formelle gesetzliche Grundlage. In der Geschäftsprüfungskommission ist diesbezüglich die Passage im vorgenannten Kommentar besprochen worden. Ich möchte euch diese Passage genauer erörtern: Gemäss Legalitätsprinzip erfordern bedeutende Ausgaben, vor allem solche von wiederkehrender Natur, eine gesetzliche Grundlage, welche allerdings unter Umständen auch nur allgemeiner Natur sein können. Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung können je nachdem schon allgemeine Ziele und Aufgabennormen in der Verfassung oder im Gesetz für sich alleine eine hinreichende Rechtsgrundlage bilden. Ganz allgemein sollen die Gemeinden bei der Bewilligung von Ausgaben für örtliche Obliegenheiten einen gewissen Handlungsspielraum haben, ohne bei solchen Dispositionen durch eine Handhabung des Legalitätsprinzips gehemmt zu sein.

Wir haben vorhin gehört, im Artikel 1 des Reglements der Sportkommission steht, dass die Stadt den Sport fördert. Wenn man noch weiterliest – hier hat die Gemeinderätin vorhin abgeklemmt – findet man den Satz: "Sie stellt geeignete Infrastrukturen zur Verfügung und schafft günstige Rahmenbedingungen für Vereine, Einzelne und Anlässe und unterstützt Veranstaltungen im Sportbereich ideell und/oder finanziell." Der GPK ist offengelegt worden, dass gar nicht geprüft wurde, ob die beantragte Unterstützung der SCL Nachwuchs AG im Rahmen einer Fr. ¼ Mio. jährlich wiederkehrend, mit der Bestimmung im Artikel 1 im Reglement der Sportkommission überhaupt eine formelle gesetzliche Grundlage im Sinne eines Legalitätsprinzips eigentlich vorliege. Vorhin wurde auch das Leitbild erwähnt. Doch das Leitbild erfüllt natürlich diese Anforderung noch weniger.

Die Geschäftsprüfungskommission hat zudem festgestellt, dass es sich bei der SCL Nachwuchs AG nicht um einen – wie in Artikel 1 des Reglements der Sportkommission – erwähnten Verein, sondern um eine Aktiengesellschaft handelt, eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft. Ich weiss, die meisten finden, das ist doch keine gewinnorientierte AG. Aber wenn man nachschaut, wie zum Beispiel die SCHOIO AG strukturiert und im Handelsregister eingetragen ist, dieses Beispiel ist eine gemeinnützig orientierte AG.

Uns beschäftigte die Frage: "Warum hat der Gemeinderat - entgegen der Anträge der Sport- und Finanzkommission – entschieden, dass die Verdoppelung des Unterstützungsbeitrages doch zur Abstimmung vorlegt werden soll?" Es ist uns dann von der zuständigen Gemeinderätin erörtert worden, dass sie dieses Gesuch betreffend den Nachwuchs unabhängig beurteilen lassen wollen – als unabhängige Beurteilung eines einzelnen Gesuches.

Die fehlenden Grundlagen stellen ein formelles Problem dar. Alles andere in Bezug auf die Gleichbehandlung der Vereine – wir hörten es im Votum von Stadtrat Daniel Steiner – ist ein Problem politischer Natur. Das Fehlen der vorgenannten Akten wird in der Geschäftsprüfungskommission als problematisch erachtet. Schwierig ist auch die fehlende Dokumentation zur Haltung des Gemeinderates. Gemäss Art. 20a Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates kann die Geschäftsprüfungskommission dem Stadtrat die Rückweisung aus anderen Gründen, als aus offensichtlichen Mängeln und Irrtümer, beantragen.

Die GPK stellt – mit 3:2 Stimmen und 2 Abwesenheiten – heute dem Stadtrat den Antrag, dieses Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen. Ich gehe davon aus, dass über diesen Antrag zuerst debattiert und abgestimmt wird.

Antrag (Rückweisung) der Geschäftsprüfungskommission

Das Geschäft "Erhöhung des jährlichen Unterstützungsbeitrags an die Kosten der Eismiete der SC Langenthal Nachwuchs AG; Zustimmung und Kreditbewilligung" wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Sollte der Antrag nicht gutgeheissen werden, so kann ich euch im Namen der vorerwähnten Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission mit auf den Weg geben, dass sie diese Vorlage als formell nicht korrekt vorbereitet erachtet. Die Gründe dafür habe ich bereits erwähnt.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Deshalb bitte ich euch im Namen der Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission, diesen Rückweisanspruch zu unterstützen und dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, das Geschäft zu überarbeiten und formell korrekt vorbereitet wieder in den Rat zu bringen. Selbstverständlich könnte der Gemeinderat bis dahin auch materielle Kritikpunkte aufnehmen und entschärfen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es folgt die Diskussion, beschränkt auf diesen Rückweisanspruch.

Diego Clavadetscher (FDP): Neben den formellen gibt es auch materielle Überlegungen, welche für eine Rückweisung sprechen. Die Stadt Langenthal ist in einer finanziell ausserordentlich angespannten Situation. Dies ist euch bestens bekannt. Wir haben in struktureller Natur ein Defizit von rund Fr. 3 Mio. Der geforderte Kredit wird das Defizit noch um weitere 4,3 % erhöhen.

Wir haben wenig Handlungsspielraum im Entscheid über unsere Finanzen. Vor ca. vier Jahren hat man festgestellt, dass der Handlungsspielraum in unserer Stadt im Umfang von ca. Fr. 7,7 Mio. liegt. Wenn man diesen Betrag den geleisteten Beiträge gegenüberstellt, die an den Schoren geleistet werden, geben wir 11,6 % von unserem Handlungsspielraum ab – wohlverstanden für nur ein Projekt dieser Stadt. Wir reduzieren somit den Handlungsspielraum um 1,62 %. Somit würden 3,18 % des Steuerertrages der natürlichen Personen für den Hockey-Sport verwendet – ein enormer Betrag. Wenn wir als Stadt ein ausgeglichenes Budget hätten, dann wäre die Diskussion einfacher. Die SCL Nachwuchs AG wird hoch geachtet – unbestritten auch von kritisch eingestellten Personen – weil dort enorm tolle und wertvolle Leistungen von Persönlichkeiten, von engagierten Betreuungspersonen, von hochmotivierten Junioren etc. vollbracht werden. Aber die Frage ist: "Können wir als Stadt es uns leisten, dieses Geld an eine Aktiengesellschaft abzugeben, die wohl um das Geld kämpfen muss, aber nicht in dem Umfang in der Kreide steht, wie die Stadt in der laufenden Rechnung?" Wir haben – um es einfach ausdrücken – eine finanziell kämpfende Organisation, die eine andere Organisation um Geld fragt, welche diese Mittel ebenfalls nicht hat. Ich bin der Auffassung, wir können uns dies nicht leisten.

Wenn man sich etwas nicht leisten kann, dann muss man kreative Lösungen suchen. Solche gibt es. Aber das Problem ist, dass wir als Stadtrat heute Abend nicht die Möglichkeit haben, diese Kreditvorlage in eine andere Vorlage umzugestalten. Eine kreative Lösung wäre beispielsweise, dass die Stadt ihre Aktien-Mehrheit bei der KEB AG der SCL AG überträgt. Damit könnte die SCL AG die KEB in Eigenverantwortung führen. Selbstverständlich wie bisher mit der Abgeltung der Stadt für das Sicherstellen des öffentlichen Eislaufs. Welche Vorteile ergeben eine solche Lösung? Die SCL AG als Hauptbetreiberin und Hauptnutzerin der Anlage könnte durch Synergien und Optimierungen Geld einsparen. Die KEB hat Ausgaben von insgesamt Fr. 1 Mio., was der Einsparung von 10 % und somit etwa dem beantragten Kredit entspricht. Die Abo-Erträge, welche der SCL zugunsten der KEB in dieser vorgeschlagenen Lösung generieren könnte, würde in die Kasse des SCL einfließen. Mir persönlich leuchtet die bisherige Handhabung eh nicht ein. Der SCL hätte insgesamt die finanzielle Entlastung, um welche er jetzt nachsucht. Die Stadt müsste somit nicht zusätzliches Geld zusprechen. Weitere Vorteile dieser Lösung: Für den öffentlichen Eislauf benötigt die Anlage für die restliche Lebensdauer keine grosse Investition mehr. Weitere Baumasnahmen sind nur noch nötig, weil die Nationalliga immer wieder neue Anforderungen stellt und auch, weil der SCL jeweils neue Ansprüche hat, um sein Geschäftsmodell realisieren zu können. In der heutigen Konstruktion ist es ausserordentlich mühsam, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Es ist insofern mühsam, weil derjenige, der diese Anforderungen benötigt (SCL), zuerst an die gelangen muss, die diese Forderungen empört (KEB) und diese (KEB) hat kein Geld und muss die Stadt anfragen. Und weil es sich meistens um grosse Beträge handelt, ist nicht alleine der Gemeinderat zuständig, sondern auch noch ein zusätzliches Organ. Der gesamte Prozess kostet sehr viel Zeit und wir wissen, "Zeit ist Geld". Der SCL könnte mit dieser Lösung rascher und freier entscheiden. Zudem müsste er – weil diese AG nicht mehr im Eigentum der öffentlichen Hand wäre – die Projekte nicht mehr öffentlich ausschreiben. Er könnte damit seine Sponsoren bei der Vergabe der Bauten berücksichtigen und möglicherweise damit finanzielle Vorteile generieren.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Über diesen Vorschlag können wir heute nicht abstimmen. Jedoch würde er beiden Seiten dienen. Das ist ein materieller Grund, diese Vorlage zurückzuweisen, damit wir nicht in eine finanzielle Bredouille geraten und trotzdem im Schonen denjenigen, die sich engagiert einsetzen, die Erreichung ihrer Vision ermöglichen können.

Aus diesem Grund werde ich den Antrag auf Rückweisung auch aus materiellen Gründen unterstützen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich bitte um Abgabe von kurzen Voten.

Pascal Dietrich (FDP): Wir stehen immer noch am gleichen Ort. Deshalb appelliere ich nochmals an euch, ermöglicht es uns, über dieses Geschäft zu diskutieren. Das erwartet auch die Öffentlichkeit von uns. Wenn wir diesen Rückweisungsantrag annehmen, können wir uns nicht mehr darüber austauschen. Bitte lehnt diesen Antrag ab. Ich rede hier als Einzelsprecher und nicht in Namen der Geschäftsprüfungskommission. Dies habe ich der Geschäftsprüfungskommission vorab auch so angekündigt. Dieses Geschäft war bei uns in der Geschäftsprüfungskommission umstritten, wie es Stadtrat Bernhard Marti als GPK-Sprecher bereits ausführte. Er erwähnte formal-juristische Definitionen. Die können unter Umständen wichtig sein, aber man kann diese auch von einem anderen Blickwinkel aus interpretieren. Ich bin überzeugt davon, dass wir eine genügende Grundlage haben, um diesen Kredit bewilligen zu können. Deshalb sollten wir nun darüber diskutieren, ob wir dieses Geld sprechen wollen oder nicht. Entweder will man dem Kredit zustimmen oder nicht. Und wenn nicht, dann soll man sich nicht hinter formal-juristischen Argumenten verstecken. Bitte lehnt diesen Rückweisungsantrag ab.

Heinz Wüthrich (SVP): Für mich stellt sich eine wichtige Frage an die Anwälte: "Wenn wir jetzt weiterfahren und den Rückweisungsantrag nicht annehmen, heisst das nachher, dass eine Einsprache kommen könnte und der heutige Abend bezüglich dieses Traktandums ein Leerlauf war?" Ich möchte mich grundsätzlich Pascal Dietrich anschliessen und mit den Verhandlungen weiterfahren. Ich möchte eine Offenlegung. Wenn wir dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen, wird danach von der Gegenseite Einsprache erhoben? Dann müssten wir wieder von vorne beginnen. Wie läuft das?

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Da diese Frage nicht konkret an eine Person gestellt wurde, beantworte ich sie: Wie jeder Beschluss, ist auch dieser hier mit den üblichen Gemeindegesetzmitteln anfechtbar. Zudem untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum und es kann mit der genügenden Anzahl Stimmen das Referendumsbegehren gestellt werden. Im Übrigen erachte ich es hier nicht als meine Aufgabe, mich hier noch weiter materiell zu äussern. Gibt es weitere Einzelsprechervoten – möglicherweise auch von Anwälten zur weitergehenden Beantwortung der gestellten Frage?

Lars Schlapbach (SVP): Ich schliesse mich der Grundhaltung von Stadtrat Pascal Dietrich an. Stadtrat Diego Clavadetscher hat wohl viele Zahlen genannt. Doch ich finde, es soll jetzt kein juristisches Geplänkel stattfinden. Es muss ein Zeichen gesetzt werden. Wir sind eine Design-Stadt, wir sind eine Energie-Stadt, wir haben den Wakkerpreis gewonnen, wir sind sehr gut aufgestellt. Wir sind aber auch eine Sport-Stadt und der SCL ist ein Langenthaler Aushängeschild. Nach meiner Ansicht hat der Nachwuchs es verdient, dass man ihn fördert. Wir haben von Gemeinderätin Helena Morgenthaler gehört, was sie alles leisten. Überlegt euch, welche Signale wir nach aussen senden wollen. Sind wir doch mal pragmatisch und reiten nicht auf den Artikeln herum. Vielleicht sollten wir einmal einen Entscheid aus dem Bauch heraus fällen.

Beatrice Lüthi (FDP): Ich bin zwar nicht Anwalt, sondern Anwältin, trotzdem möchte ich mich äussern. Art. 5 Abs. 1 der Bundesverfassung lautet: "Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht." Das Bauchgefühl in Ehren – wir können hier diskutieren und beschliessen, aber letztendlich muss es in den Schranken der rechtsstaatlichen Spielregeln erfolgen. Die Überschrift von Art. 5 heisst "Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns".



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Im Reglement der Sportkommission heisst es: "Die Stadt fördert den Sport." Das mag sein, aber die Frage dazu ist: "Wieviel Geld wollen wir dafür ausgeben?" Im Art. 2 sehen wir, dass ein Sportpreis vorgesehen ist zur Auszeichnung, Anerkennung und Förderung von ausserordentlichen Leistungen und dass der Sportpreis sogar höchstens Fr. 15'000.00 betragen darf. So frage ich mich jetzt – nach 7 Jahren Studium und fast 30 Jahren Berufspraxis – ob damit wohl wirklich gemeint ist, dass wir uns Fr. 250'000.00 der SCL Nachwuchs AG leisten dürfen. Das ist wohl eine andere Frage, aber ich möchte daran erinnern – mit juristischem Geplänkel – wir sind hier im Rahmen der Spielregeln. Wir wären sonst keine Energie-Stadt und würden ohne Beachtung der rechtlichen Regeln zu einer "Chäferli"-Stadt mutieren. Bitte lasst hier ein wenig Souplesse walten und denkt nicht einfach "das ist eine gute Sache und es wird schon irgendwie gehen".

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): In der Juristerei habe ich als kleine Laienrichterin auch schon vieles erlebt und Stadtrat Pascal Dietrich an seinem Arbeitsplatz beim Gericht sicher auch. Dort trifft man zwischen schwarz und weiss alle Schattierungen und es kann alles verschieden ausgelegt werden.

Zuerst antworte ich Herrn Stadtrat Bernhard Marti zum fehlenden Koordinationsplan: Dieser war in der Tat nicht in den Auflageakten, denn erstens handelt es sich bei der Mediation zwischen den erwähnten Parteien formal um ein anderes Geschäft.

Zwischenruf GPK-Mitglied Bernhard Marti (SP): "Werde den Bescheid an die Geschäftsprüfungskommission weitergeleiten".

Und zweitens trägt der Koordinationsplan inhaltlich nichts zum Geschäft für die Erhöhung des Unterstützungsbeitrages bei, wie ich bereits erwähnte. Fazit: Die Beurteilung der Geschäftsprüfungskommission betreffend dieses fehlenden Dokumentes ist überspitzt.

Betreffend unvollständige Aktenaufgabe zufolge Fehlen der Jahresrechnung: Wie bereits von mir erwähnt, ist in Ziffer 9.3 des Berichts und Antrags eine Zusammenfassung aufgeführt und ihr habt diese Unterlage nachverlangt. Fazit: Auch hier ist die Einsprache unberechtigt.

Betreffend der fehlenden Gesetzgebung: Es liegt ganz klar eine gesetzliche Grundlage vor. Dieses Geschäft ist auch von dieser Seite her fundiert.

Zu den Äusserungen von Herrn Stadtrat Diego Clavadetscher: Wenn ihn die Betriebsformen stören oder wenn er andere kreative Ideen hat, kann er diese gerne in einem Vorstoss manifestieren. Ein entsprechender Vorstoss würde in der übernächsten Sitzung behandelt.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Abstimmung über den Rückweisungsantrag der GPK:

Abstimmung über Rückweisungsantrag GPK:

14	Stimmen Ja	
24	Stimmen Nein	abgelehnt
1	Stimme Enthaltung	

Antrag (Rückweisung) der Geschäftsprüfungskommission

Das Geschäft "Erhöhung des jährlichen Unterstützungsbeitrags an die Kosten der Eismiete der SC Langenthal Nachwuchs AG; Zustimmung und Kreditbewilligung" wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es folgt die weitere materielle Beratung. Der Gemeinderat hat sich dazu bereits geäussert. Es folgen Fraktionssprechende zur materiellen Thematik:

SVP-Fraktion, Patrick Fluri (SVP): Wir haben dieses Thema in unserer Fraktion sehr hitzig diskutiert und sind zum fast einheitlichen Beschluss gekommen, dass wir den Antrag des SCL unterstützen werden. Es ist so, dass dieses Geld nicht in die SCL Nachwuchs AG fliesst, sondern direkt in die Kunsteisbahn. Die Kunsteisbahn gehört wiederum der Stadt. Die Frage ist: "Wer zahlt das Eis, wenn der SCL einmal nicht dort trainiert?" Die Kunsteisbahn AG muss das Eis trotzdem vermieten. Die Halle muss gebraucht werden.

Wenn dieser Antrag hier durchkommt, haben wir ein Postulat vorbereitet, welches die Nachwuchsmannschaften sämtlicher Langenthaler Sportvereinen von den Hallengebühren befreien soll.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

FDP/jll-Fraktion, Carole Howald (jll): Auch wir haben dieses Thema in unserer Fraktion genau unter die Lupe genommen und sehr aktive Gespräche geführt. Nochmals vielen Dank an Gian Kämpf, welcher extra bei uns vorbeikam, um uns über die wichtigsten Eckpunkte zu informieren. In den anschliessend geführten Gesprächen sei nicht von allen ein Konsens erzielt worden. Um es kurz zu fassen, hier rasch einige Punkte darüber: Es sind Kontrapunkte gefallen, wie beispielsweise, dass ein Ungleichgewicht zwischen Eishockey und anderen Sportarten herrsche, dass ein relativ grosser Teil der Spielerinnen und Spieler gar nicht aus Langenthal stamme, dass die Herkunftsgemeinden sich auch beteiligen sollen.

Wir haben aber auch Pro-Punkte, welchen eine knappe Mehrheit unserer Fraktion zustimmen: Der SC Langenthal ist einer der wichtigsten Aushängeschilder Langenthals. Die Nachwuchsförderung ist die Basis dazu. Das Marketing, welches der SC Langenthal für uns als Stadt betreibt, kann man nicht in Geld beziffern. Andere Clubs werden von der Stadt selber getragen. So werden die Kosten nicht direkt ausgewiesen und deshalb nicht zu 100 % überwältzt. Beispielsweise beim Schwimmbad, beim Stadion und in der Turnhalle gäbe es inklusive Abschreibung und Betriebsbeiträgen locker Vollkosten von Fr. 200.00 – Fr. 300.00 pro Mietstunde.

Es ist generell die Frage, was die Nachwuchsförderung, respektive die Sportinfrastruktur für den Breiten-sport unsere Stadt kosten darf. Unsere Fraktion wird keinen Antrag stellen. Jedes Mitglied wird nach seinem Wissen und Gewissen abstimmen.

EVP/glp-Fraktion, Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Das vorliegende Geschäft kann als masslos, unfair und unseriös betitelt werden. Lasst mich nun einen Blick auf einen anderen grossen Sportverein, den LV Langenthal werfen, um die Relationen zu sehen. Beim LV Langenthal sind gegenwärtig 200 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren in der Nachwuchsabteilung, inklusive dem freiwilligen Schulsport aktiv. Davon sind rund $\frac{3}{4}$ ortsansässige Kinder und Jugendliche. Natürlich weil es unter anderem ein freiwilliger Schulsport ist. Aber trotzdem, auch andere Vereine leisten, wie der SCL, einen wichtigen Beitrag im Bereich der Nachwuchsförderung, jedoch im Gegensatz zum SCL für zum grössten Teil Langenthaler Kinder und Jugendliche. Noch ein Blick auf die Mitgliederbeiträge, die auch immer wieder erwähnt werden. Sie seien extrem hoch im Eishockey und in anderen Vereinen tief. Ja, in der Leichtathletik sind sie tief, doch sie tragen immerhin CHF 300.00 pro Jahr und Kind, wenn sie eine Aktiv-Lizenz gelöst wird.

Ein weiteres Beispiel: Der LV Langenthal bekommt von der Stadt Langenthal jährlich einen Unterstützungsbeitrag, welchen er jeweils beantragen muss, von Fr. 4'000.00 plus allfällige weitere Unterstützungsbeiträge für Wettkämpfe. Ja, der Betrieb der Anlagen wird von der Stadt übernommen. Der LV Langenthal zahlt für die Benützung des Stadions Hard und der Sporthalle jährlich rund Fr. 8'000.00 – auch hier inklusive Wettkämpfe. Er zahlt der Stadt mehr zurück, als er bekommt. Wie kann ein Verein dies bezahlen? Selbstverständlich wird die Differenz durch Mitgliederbeiträge, Sponsorengelder oder durch Wettkampfeinnahmen gedeckt, welche der Verein selber akquiriert.

Ich las, dass der Personalaufwand des SCL Nachwuchs Fr. 360'000.00 beträgt. Auch hierzu die Relation: Die jährlichen Gesamtausgaben des LV Langenthal sind etwas über Fr. 200'000. Der SCL gibt also nur schon im Personalbereich mehr als 1 $\frac{1}{2}$ -mal so viel aus, gegenüber den Gesamtausgaben eines anderen ebenso grossen Vereins. Hierzu kann man sich zu Recht fragen, ob das Personal im SCL wohl nicht etwas zu hoch entschädigt wird? Dieses Beispiel zeigt uns eindrücklich, wo wir uns befinden – es ist ein astronomischer Betrag. Mit Fr. 125'000.00 ist er schon hoch und soll nun noch verdoppelt werden. Fr. 250'000.00 sind ein unglaublich hoher Betrag. Davon können andere Vereine, die mit anderen Beträgen wirken und jahrein/jahraus ebenso wertvolle Nachwuchsarbeit leisten, davon träumen.

Die EVP/glp-Fraktion ist deshalb einstimmig der Meinung, dass das vorliegende Gesuch zur Erhöhung um Unterstützungsbeitrag abzulehnen ist. Warum? Es ist unseres Erachtens masslos. Es geht um eine Verdoppelung eines bereits hohen Betrages, auf einen noch viel höheren Betrag. Es ist unfair gegenüber anderen Sportvereinen, welche auch gute Arbeit leisten und welche auch grosse Nachwuchsabteilungen führen.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Anderen Vereinen wäre es wohl noch nie in den Sinn gekommen, eine dermassen grosse Forderung zur Erhöhung der Unterstützung an die Stadt Langenthal zu stellen, obwohl auch sie Nachwuchsarbeit leisten. Sie finanzieren sich selber, wie gesagt, durch Mitgliederbeiträge, Sponsorengelder oder Wettkampfeinnahmen. Unseriös ist die Forderung, weil jeder private Haushalt und jeder andere Verein zuerst seine eigenen finanziellen Hausaufgaben erledigen muss, bevor man zur Stadt geht und fordert, unterstützt zu werden. Wo sind die Bemühungen, weniger auszugeben und mehr einzunehmen? Diese vermessen wir sehr stark.

Die EVP/glp-Fraktion bitten euch deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

SP/GL-Fraktion, Beat Hasler (parteilos): Zuerst gratuliere ich dem SCL im Namen der ganzen Fraktion für die bis anhin erfolgreiche Saison und wünsche viel Glück für den weiteren Verlauf.

Die SP/GL-Fraktion hat sich an einer längeren und intensiven Sitzung mit dem Anliegen der SCL Nachwuchs AG beschäftigt. Frau Angela Kölliker, Mitglied des Verwaltungsrates des SC Langenthal, hat uns besucht. Merci, dass sie sich die Zeit genommen hat, uns das Anliegen näher zu bringen. Wir sind, wie sicher alle Fraktionen, vom Begehren um Erhöhung des Beitrages an die Kosten der Eismiete in diesem Umfang überrascht worden. Frau Angela Kölliker hat uns die Gründe für diese Erhöhung dargelegt und dabei auf den grossen Zulauf von jungen Spielerinnen und Spieler, in der Damenmannschaft, in den Juniorenmannschaften, vor allem im Kinderbereich, hingewiesen. Dies führte in den ersten Jahren dazu, dass der Eisbedarf stieg. Von unserer Seite her ist natürlich die Frage aufgeworfen worden, wieso genau eine Verdoppelung des Beitrages von der Stadt gefordert wird, obwohl der Rechnungsabschluss der SCL Nachwuchs AG aus der Saison 2017/2018 nur ein Defizit von Fr. 5'000.00 zeigt. Und das Budget des laufenden Jahres weist ein Defizit von Fr. 30'000.00 aus. Wie kam es dazu, trotz dieses relativ geringen Defizits einen Beitrag von Fr. 125'000.00 zu fordern?

Im Weiteren tauchte bei uns die Frage auf, warum sich die Stadt Langenthal an den Eiskosten beteiligen soll. Es kommen nur 20 % der Spielerinnen und Spieler in der Damenmannschaft und in den verschiedenen Nachwuchsmannschaften aus Langenthal. Uns ist klar, dass Langenthal eine Zentrumsfunktion hat und, dass hier selbstverständlich alle eingeladen sind, Eishockey zu spielen. Wir fragten uns aber, ob es nicht korrekt wäre, wenn sich auch die umliegenden Gemeinden, die Jugendliche und Kinder zum Hockey bringen, sich an den Kosten beteiligen müssten. Wenn wir die ausgewiesenen Eiskosten für das Budget der laufenden Saison über Fr. 325'000.00 auf 20 % der Spielerinnen und Spieler aus Langenthal aufteilen, kommen wir auf Eiskosten von Fr. 70'000.00 und hätten damit nur 1/5 der Gesamtkosten.

Die Diskussion in unserer Fraktion wurde kontrovers und intensiv geführt. Es ist vor allem auch auf die sehr wertvolle Kinder- und Jugendbetreuung hingewiesen worden, welche durch die SCL Nachwuchs AG und allen Verantwortlichen und den Trainerinnen und Trainern geleistet wird. Dies anerkennen wir sehr. Es ist klar, dass bei einigen Mitgliedern unserer Fraktion eine grosse emotionale Bindung zum Club und seiner Arbeit zu spüren ist. Entsprechend dieser Tatsachen wird das Begehren nicht von allen Mitgliedern unserer Fraktion gleich beurteilt.

Die Mitglieder unserer Fraktion, die dieses Begehren ablehnen, stützen ebenfalls die Entscheidungen der vorberatenden Kommissionen – der Sport- und der Finanzkommission – die diesen Antrag beide abgelehnt haben.

Roland Loser (SP): Ich bedanke mich für den süssen Puck und werde selbstverständlich eine entsprechende Spende an die SCL Nachwuchs AG überweisen, denn die SP/GL-Fraktion lässt sich definitiv nicht kaufen. Um was geht es eigentlich heute Abend? Die SCL Nachwuchs AG hat in der Saison 2017/2018 rund Fr. 210'000.00 Eismiete (Fr. 129'000 in Langenthal und gut Fr. 80'000.99 in Huttwil) bezahlt. Heute und gestern habe ich bei zwei anderen Sportvereinen nachgefragt, welche Kosten sie diesbezüglich haben. Seitens des LV Langenthal – Merci Stadtrat Daniel Steiner – wurde mir die Zahl von Fr. 4'500.00 genannt. Seitens des Schwimmclubs habe ich vernommen, dass man für die Benützung des Schwimmbades grundsätzlich nichts bezahle, ausser dem Eintritt. Trotzdem haben sie Kosten von rund Fr. 126'000.00 für externe Mieten von Schwimmhallen in Aarwangen und Bützberg.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Ja, Eishockey ist ein teurer Sport und jeder selber schuld, der ihn ausübt. Ist dies "die ganze Wahrheit"? Ich glaube es nicht. Die Gebührenverordnung sieht zum Beispiel bei der Miete einer Halle einen Betrag von Fr. 10.00 für die einmalige Nutzung und – Irrtum vorbehalten – Fr. 100.00 als Jahresgebühr für die regelmässige Benutzung einer Halle von einer Stunde vor. Alle Gebühren, welche die Stadt 2017 hiermit eingenommen hat, belaufen sich auf rund Fr. 55'000. Diese Gebühren decken nicht im geringsten Fall die effektiven Kosten ab. Das Problem der SCL Nachwuchs AG ist, dass die Eisbahn nicht der Stadt gehört, sondern der KEB AG. Deshalb haben wir dort die volle Kostenwahrheit.

Würden wir die Sporthallenbewirtschaftung des Stadions Hard extern auslagern, würden jene Zahlen dort ähnlich aussehen. Um dies geht es heute Abend, um einen Gebührenerlass für die Nachwuchs AG des SCL. Den anderen Sportorganisationen überlassen wir schon heute – salopp gesagt – 90 % der Gebühren.

Wenn wir heute Abend Ja sagen, möchte ich euch ans Herz legen, gewähren wir der SCL Nachwuchs AG genau auch das, was andere ohnehin schon bekommen. Wir erlassen ihr die Gebühren – diesmal zu 100 %. Dies ist nichts anderes als gerecht. Damit wir am Ende gleich lange Spiesse haben für alle Sportvereine, werde ich – Entschuldigung liebe SVP – heute Abend eine Motion einreichen, welche den Gebührenerlass für den Nachwuchs der Langenthaler Sportorganisationen fordert. Schlussendlich sollen somit für alle Nachwuchsorganisationen keine Gebühren mehr für die Sportinfrastrukturen verlangt werden.

Ich finde es jedoch wichtig, weil wir mit der KEB eine spezielle Situation haben, dass wir heute Abend das Geschäft so annehmen, weil es nicht ein reines Gebühren-Thema ist, wie bei der Sporthalle und dem Stadion, sondern etwas komplizierter. Deshalb lege ich euch ganz fest ans Herz, hier ein Ja einzulegen.

Beat Hasler (parteilos) Als langjähriger, begeisterter Fussballer und während 15 Jahren auch Juniorobmann beim FC Langenthal habe ich Freude an jeder sportlichen Tätigkeit, insbesondere an jeder Sportart, die klar im Breitensport daheim ist. Im professionellen Sport müssen wir immer mehr von Auswüchsen Kenntnis nehmen. Ich war zehn Jahre Mitglied der Sportkommission der Stadt Langenthal. In dieser Zeit haben wir uns immer wieder mit den Beiträgen an unsere Sportvereine beschäftigt. Leider ist es uns nie gelungen – was eigentlich eine Schande ist – eine befriedigende Lösung zu finden, vor allem was die Beiträge an die Infrastrukturkosten für den FC Langenthal und den SC Langenthal angeht. Wir haben zwar die reinen Vereinsbeiträge von den Beiträgen an die Infrastruktur loslösen können, aber damit hatten wir noch lange keine Kostenwahrheit. Die Kosten und Beiträge für unsere Infrastruktur und für alle Sportvereine in eine vergleichbare Relation zu bringen, gelang uns nicht. Schade, liegt eine solche Berechnung auch heute noch nicht vor. Denn nur so könnten faire Lösungen gefunden werden. Als Mitglied der Sportkommission hatte ich auch an der Formulierung des Sportleitbildes der Stadt Langenthal mitgearbeitet. Dieses wurde vom Gemeinderat zustimmend übernommen und hat heute noch seine Gültigkeit. Das Leitbild "Bewegung und Sport der Stadt Langenthal" setzt die Prioritäten ganz klar im Bereich des Breitensports und erwähnt die Unterstützung von Spitzensport nur mit Beiträgen an ausgewählte Sportveranstaltungen mit regionaler und nationaler Ausstrahlung, aber nicht mit der Unterstützung eines Profibetriebes.

Ich will die SCL Nachwuchs AG ganz klar nicht in Verbindung bringen mit den Auswüchsen, die ich zu Beginn zur Sprache brachte. Aber mit Personalkosten von Fr. 486'000.00 – und nach Abzug von Ausbildungsentschädigungen und von J+S-Geldern schliesslich noch Fr. 350'000.00 – organisiert die SCL Nachwuchs AG im Bereich Führung und bei einzelnen Trainern einen professionellen Betrieb. Sicher ist dieses Geld gut investiert, aber die Unterstützung von Profisport steht im Gegensatz zum Sportleitbild der Stadt Langenthal, die vor allem den Breitensport unterstützt, der meistens von ehrenamtlichen und nicht von professionellen Leitungen getragen wird.

Ich werde den Antrag des Gemeinderates ablehnen und hoffe gleichzeitig, dass es so rasch wie möglich gelingt, befriedigende Lösungen bei den Beiträgen an und für die Vereine zu erreichen. Aber diese Lösungen finden wir nur, wenn wir die Kosten und Erträge für die Infrastruktur vernünftig miteinander vergleichen können. Dann bin ich sofort bereit, meinen Entscheid zu diesem Thema zu überdenken.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Carole Howald (JL): Ich mache selber Eissport und weiss, dass ich in Bezug diesbezüglich des Unterstützungsbeitrags nicht neutral bin. Aber ich bin mir sicher, dass hier noch viele Personen sitzen, die Sympathien oder Abneigungen haben. Der Eissport ist eine teure Angelegenheit. Ich kann mich glücklich schätzen, dass insbesondere meine Eltern mich immer und vor allem auch finanziell unterstützt haben. Jeder Elitesportler und jede Elitesportlerin beginnt im Breitensport. Ohne die Breitensportförderung gibt es keine Spitzensportlerinnen und Spitzensportler. Die Trennlinie zwischen Breitensport und Elitesport ist in der Schweiz schmal und von Sportart zu Sportart verschieden. Ich selber kann nicht vom Sport leben, obwohl ich diesen professionell betreibe. Darüber beklagt, habe ich mich aber noch nie.

Ich möchte nochmals festhalten, was Stadtrat Roland Loser bereits ausführte. Gemäss der Gebührenverordnung kostet mich eine abgesteckte Schwimmbahn Fr. 5.00 pro Stunde. Das Schwimmtraining ist kostenlos, weil der Eintritt bezahlt wird. Eine Turnhalle Fr. 10.00 pro Stunde, eine Dreifachhalle Fr. 20.00 pro Stunde, bei periodischer Belegung Fr. 200.00 pro Jahr. Das ganze Leichtathletikstadion Fr. 15.00 pro Stunde. Als Vergleich eine Stunde Eis im Schoren kostet Fr. 403.00 für die Kunsteisbahn AG gemäss Abstimmungsbotschaft zur Sanierung. Da der SCL Nachwuchs bereits Fr. 125'000.00 Unterstützung bekommt, erhält er Fr. 220.00 pro Stunde, respektive von rund Fr. 280'000.00 bis Fr. 300'000.00 sind rund 1/3 der Kosten gedeckt. Ist dies fair, dass ein Nachwuchsverein die Infrastruktur selber bezahlen muss, nur weil die KEB AG vor Jahren gegründet wurde und deshalb auch die Kosten zur Berechnung der Gebühren im Vollkostenverständnis umgesetzt werden mussten? Es geht nicht um einen Unterstützungsbeitrag für den Verein, sondern darum, wie viel die Sportinfrastruktur für einen einheimischen Club kosten darf, damit er auch künftig Nachwuchs- und Breitensport anbieten kann. Setzen wir doch ein positives Zeichen für die Eissportinfrastruktur und folgen dem Gemeinderat. Wie Gemeinderätin Helena Morgenthaler bereits erwähnte, Menschen begeistern, Jugend fördern, Langenthal und Oberaargau stärken.

Bernhard Marti (SP): Ich darf dieses Mal weniger formal-juristisch reden, weil ich nicht als Sprecher der Geschäftsprüfungskommission hier stehe. *"Lieber Sven, ich danke dir bestens für deine Karte. Ich bin zwar nicht ein grosser SCL Fan, aber ich habe in den letzten Jahren doch einige Spiele besucht und deine Karte hat mich gefreut."* Was würde passieren, wenn die Stadt der SCL Nachwuchs AG plötzlich den doppelten Beitrag zahlen würde? Ich nehme an – wir haben es schon vom Fussball gehört – eigentlich gibt es noch viele andere Nachwuchssportvereine, zum Beispiel der LVL, der auch gerne mehr Unterstützung hätte. *"Lieber Sven, ich weiss nicht, ob du Geschwister hast. Falls ja und dein Geschwisterchen zwei Tortenstücke zum Dessert bekommt, dann möchtest du sicher auch so viel. Oder nicht?"* Um dieser Entwicklung vorzugreifen und die Gleichbehandlung aller Sportsvereine zu wahren, müsste ich hier eigentlich eine Verdoppelung von allen Beiträgen an die Nachwuchsabteilungen der ortsansässigen Sportvereine beantragen. Wir haben es schon gehört, eine Alternativlösung war offenbar in verschiedenen Orten das Thema. *"Ja, ich denke lieber Sven, damit wärest du sicher einverstanden, wenn wir allen den doppelten Beitrag geben würden. Aber ob das auch im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wäre? Ich habe hier meine Zweifel."* Solche Überlegungen müssen wir aber vornehmen. Diese Gedanken wurden vorliegend vom Gemeinderat nicht gemacht, sonst hätte er nicht ein einzelnes Gesuch, unabhängig und isoliert von der ganzen Umwelt, beurteilt. Für alle – anstatt für wenige, respektive für einzelne – gilt für mich auch bei der Unterstützung des Sportnachwuchses.

Ich lehne aus diesem Grund diesen isolierten Antrag des Gemeinderates ab. *"Lieber Sven, ich bin nicht gegen die SCL Nachwuchs AG, aber auch nicht nur für die SCL Nachwuchs AG, sondern für alle. Und ja, lieber Sven, ich bin schon so viele Jahre im Stadtrat, wie du auf der Welt bist, sofern deine Altersangabe auf der Karte stimmt."* In dieser Zeit erlebte ich noch nie eine so lange Diskussion über Fr. 125'000.00 (ausser bei der Schulsozialarbeit, aber die klammern wir nun mal aus). *"Lieber Sven, ich nehme an, du wirst dich auch für ein neues Eisstadion einsetzen und dort geht es dann um deutlich mehr."*

Ich lehne den Antrag des Gemeinderates ab und hoffe auf eine gesamtheitliche, faire, gleichbehandelnde Lösung, sei es über das Postulat der SVP-Fraktion oder über die Motion von Stadtrat Roland Loser.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Samuel Köhli (SP): Der Beitrag von Fr. 250'000.00 an die Eismiete ist hoch. Eigentlich können wir uns dies für eine freiwillige Ausgabe in einem strukturellen Defizit nicht leisten. Dies erwähnte auch Stadtrat Diego Clavadetscher. Aber noch viel weniger können wir es uns leisten, wenn unsere Stadt zu einer Schlafgemeinde mutieren würde. Wir sollten uns einmal überlegen, was unsere Stadt attraktiv macht. Tiefe Steuern alleine genügen sicher nicht. Es braucht ein starkes Angebot an Kultur, Sport und Freizeit. Wir sollten jedenfalls Sorge zu unseren funktionierenden Institutionen tragen und diese stärken. Immerhin scheint das Hockey-Training wirklich attraktiv zu sein, sonst kämen nicht über 200 Kids wegen dem Training nach Langenthal. Mich reut das Geld für ein solches Angebot nicht, obwohl ich auch Steuerzahler bin. Sicher kommt davon später auch einmal etwas zurück, zum Beispiel dass eine Familie nach Langenthal zieht. Ich stimme der Beitragserhöhung an die Eismiete für die SCL Junioren klar zu.

Corinna Grossenbacher-Conrad (SVP): Ich möchte mich auch noch dazu äussern, obwohl ich erst seit 20 Jahren in Langenthal lebe. Der SC Langenthal ist wirklich ein Aushängeschild. Egal, wohin ich komme – ich bin viel mit dem Auto unterwegs – werde ich auf den SCL angesprochen. Auch mich dünken die Beiträge, die wir hier zahlen, wirklich viel. Auf der anderen Seite ist das Eis im Schoren viel teurer als zum Beispiel in Huttwil. Es hat mich aber auch beeindruckt, was Stadtrat Diego Clavadetscher geäußert hat. Wir sollten grundsätzlich einmal darüber nachdenken, wie man mit der KEB umgehen soll und welche Varianten dort möglich wären. Ich liebe Eishockey und bin klar für die Zustimmung des Antrages.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Ich will noch Folgendes festhalten: Jede Nachwuchsarbeit von jedem Sportverein oder sonstigen Verein ist sehr wertvoll. Betreffend der Kosten kann man nicht Birnen mit Äpfeln vergleichen. Es ist einfach etwas anderes, ob ich im Schulsport wöchentlich in der Halle turne oder ob ich auf das Eis gehe. Gewisse Vorlieben und Talente lassen sich nicht einfach "übers Knie brechen". Stadtrat Patrick Flury und ich könnten mit unseren Posturen auch nicht Kunstturnen oder Eiskunstlauf machen, wir würden für uns für etwas anderes entscheiden. So hat jeder seine Vorliebe, mit unterschiedlichen Kostenfolgen.

Stadtrat Beat Hasler möchte ich betreffend die "minus Fr. 4'000.00" in der Jahresrechnung im Bericht und Antrag antworten. Dort muss man auch den ausserordentlichen Erfolg gegenüberstellen, da wieder einmal jemand grosszügig in die Presche gesprungen ist und damit der Nachwuchs AG im letzten Moment geholfen hat, damit die Bilanz so aussieht, wie sie vorliegt.

Wir haben gehört, die Turnhalle kostet Fr. 10.00 in der Stunde und der LVL zahlt Fr. 8'000.00 im Jahr für die Miete des Stadions. Wenn wir hier Transparenz schaffen würden – man beachte dabei die sechsstelligen Sanierungskosten des Hauptrasenfeldes – und dies alles miteinberechnen würden, dann kämen wir auf ganz andere Beträge.

Ich danke allen für die wohlwollenden Äusserungen, dass in dieser relativ heissen Diskussion alle den Anstand wahren konnten und, dass niemand unter die Gürtellinie schlug.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 21 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:
 1. Die Erhöhung des jährlichen Unterstützungsbeitrags von Fr. 125'000.00 auf Fr. 250'000.00 an die Kosten der Eismiete der SC Langenthal Nachwuchs AG auf der Kunsteisbahn Schoren wird als neue wiederkehrende Ausgabe genehmigt.
 2. Der für das Jahr 2019 erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 125'000.00 wird zu Lasten der Erfolgsrechnung, Konto 6160.3636.33 ("Schlittschuhclub Langenthal; Beitrag an Eismiete"), bewilligt.
 3. Der Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 250'000.00 wird ab dem Jahr 2020 zu Lasten der Erfolgsrechnung, Konto 6160.3636.33 ("Schlittschuhclub Langenthal; Beitrag an Eismiete"), bewilligt.
 4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP) unterbricht die Sitzung um 21.25 Uhr für eine 5-minütige Pause.



4. Projekt "Ersatz der Abwasserleitungen" in der Weissenstein- und Bützbergstrasse, Abschnitt Lagerweg bis Zelgligasse: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung

I Eintretensfrage:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass das Eintreten unbestritten bleibt und schweigend genehmigt ist.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Die Berichterstattung des Gemeinderates erfolgt durch Stadtpräsident Reto Müller (SP), Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich erlaube mir, bei diesem Traktandum nur eine kurze Ausführung zu bringen. Alle vorberatenden Kommissionen des Gemeinderats und auch der Gemeinderat haben die Vorlage auf dem Behördenweg einstimmig beschlossen. Seit 2011 haben wir einen behördenverbindlichen Massnahmenplan der Abwasseranlagen (den generellen Entwässerungsplan), welchen wir schrittweise umsetzen. Er sorgt für einen sicheren, leistungsfähigen und wirtschaftlichen Betrieb.

Die Umsetzung der GEP-Massnahmen Nr. 11 und Nr. 12 in der Weissenstein- und Bützbergstrasse waren ursprünglich für die Jahre 2020 und 2021 vorgesehen. Durch die geplante Sanierung der Kantonsstrasse Bützbergstrasse in diesen Jahren, müssen die GEP-Massnahmen nun aber unbedingt vorgezogen werden. Die Umsetzung ist relativ umgehend und bis Sommer 2020 vorgesehen. Die Baustelle, respektive die Bauarbeiten sind mit dem Kanton Bern, den Industriellen Betrieben, den Telekomaniern und allfällig weiteren Interessierten im Tief- und Strassenbau entsprechend koordiniert.

Der erforderliche Verpflichtungskredit beträgt gesamthaft Fr. 1,657 Mio. Wir bitten euch um Zustimmung.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Feststellung zu Händen Protokoll: Keine weiteren Wortbegehren.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Das Projekt "Ersatz der Abwasserleitungen" in der Weissenstein- und Bützbergstrasse, Abschnitt Lagerweg bis Zelgliweg, GEP Massnahmen Nrn. 11 und 12, wird genehmigt.**
2. **Der für die Projektumsetzung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von gesamthaft Fr. 1'657'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3400.5032.99 ("Ersatz Abwasserleitung in der Weissenstein- und Bützbergstrasse, Abschnitt Lagerweg – Zelgligasse nach GEP-Massnahmenplan 11 + 12"), bewilligt.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

5. Bestand an Stellen der Stadtverwaltung in Stellenprozenten (Stellenetat); Voraussetzungen zur Schaffung oder Aufhebung weiterer Stellen durch den Gemeinderat; Festlegung

I Eintretensfrage:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle fest, dass das Eintreten unbestritten bleibt und schweigend genehmigt ist.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Die Berichterstattung des Gemeinderates erfolgt durch Stadtpräsident Reto Müller (SP), Ressortvorsteher Präsidiales.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Für dieses Geschäft habe ich eine lange und eine kurze Ausführung vorbereitet. Ich glaube, die Mehrheit ist für die kurze Version. In der per 1. Januar 2017 eingesetzten neuen Stadtverfassung gibt es im Bereich der Bewilligung der Stellen der Stadtverwaltung eine neue Kompetenzregelung zwischen dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Der Stadtrat ist gemäss Art. 62 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung neu zuständig für die Festlegung des Gesamtbestandes an Stellen der Stadtverwaltung in Stellenprozenten, den sogenannten Stellenetat. Zugleich bestimmt der Stadtrat die Voraussetzungen, unter welchen der Gemeinderat zusätzliche Stellen (zu diesem Stellenetat) schaffen oder aufheben darf. Der Stadtrat ist somit nicht mehr, wie dies früher der Fall war, zuständig zur Bewilligung von einzelnen neuen, unbefristeten Stellen.

Der Gemeinderat ist gemäss Art. 72 Abs. 8 der Stadtverfassung neu dafür zuständig, in einem operativen Stellenplan zwei Definitionen vorzunehmen: Zum einen gibt der Gemeinderat aus dem vom Stadtrat bewilligten Stellenetat so viele Stellenprozente frei, wie dies zur Erfüllung der städtischen Aufgaben notwendig ist. Zum anderen legt er im operativen Stellenplan die konkreten Stellen zum Beispiel Leiter/in Rechtsdienst, Gärtner/in etc. fest. Das Gremium der Verwaltungsleitung erstellt dem Gemeinderat einen Vorschlag eines operativen Stellenplans. Nach Genehmigung wird dieser vom Personaldienst bewirtschaftet.

Mit dem heutigen Stadtratsgeschäft wird die neue Kompetenzregelung im Stellenbereich konkretisiert und umgesetzt. Der Stadtrat soll heute die maximal zulässigen Stellenprozente für die Stadtverwaltung zu Händen des Gemeinderats festlegen. Weiter soll der Stadtrat den Gemeinderat ermächtigen, unter den definierten Voraussetzungen in gewissen Bereichen ausserhalb des Stellenetats, noch Stellenprozente zu bewilligen und/oder aufzuheben. Konkret bedeutet dies für den Beschluss, dass der Gemeinderat auch beantragt, dass ab 1. Juli 2019 ein Stellenetat von 14'000 Stellenprozenten gelten soll. Ausserdem soll der Gemeinderat ermächtigt werden, weitere Stellenprozente zu bewilligen und/oder aufzuheben, a) bei drittfinanzierten Stellenprozenten in der Stadtverwaltung, b) bei Anstellungsverhältnissen im Stundenlohn – immer im Rahmen der in den Budgets der Erfolgsrechnung eingestellten finanziellen Mittel, und c) bei Praktikums- und Lehrstellen.

Wie gesagt, je nach Fragen oder Voten werde ich nachher nochmals detaillierter Stellung nehmen, aber aufgrund der vorgeschrittenen Zeit, beende ich hiermit meine Ausführungen.

GPK-Vizepräsident Roland Loser (SP): Die Geschäftsprüfungskommission hat das Geschäft eingehend geprüft und dem Stadtpräsidenten Reto Müller und dem Stadtschreiber folgende Fragen gestellt und Bemerkungen vorgebracht:

Die vorliegende Beschlussfassung widerspricht dem aktuell gültigen Personalreglement, welches vorsieht, dass der Stadtrat über den Stellenplan bestimmt. Wie kann dies so aufgehen? Darauf kam die Antwort, dass die Verfassung über dem alten Personalreglement steht und, dass jetzt ein neues Personalreglement in Bearbeitung ist. Dazu muss ich bemerken, dass es in der GPK Mitglieder gibt, die aufgrund dieser Tatsache an der formellen Richtigkeit zweifelten.



Die Geschäftsprüfungskommission hat auch angemerkt, dass das Maximum von 14'000 Stellenprozenten schwierig anzupassen ist. Entweder kommt in Zukunft ein entsprechender Antrag aus dem Gemeinderat oder der Stadtrat muss den langwierigen Weg über eine Motion wählen, damit er die Stellenprozente in seinem Sinne anpassen kann.

Zudem wurde die Frage gestellt, wie sich das im Zusammenhang mit den künftigen Personalkosten im Budget verhält. Weil wir einerseits dieses Maximum der Stellenprozente haben und andererseits die Personalkosten immer noch im Budget sind und wir auf diese allenfalls Einfluss nehmen könnten. Wir bekamen die Antwort, dass es sich hier effektiv um ein Spannungsverhältnis handelt, welches sich aber schlussendlich nicht lösen lässt. Wir sind also gegenseitig darauf angewiesen, dann vernünftig zu verhandeln.

Im Weiteren hat die Geschäftsprüfungskommission festgestellt, dass aufgrund der gesetzlichen Verschärfung geplant ist, systemtragende Stellen, welche bisher im Stundenlohn angestellt waren, fest anzustellen. Wir finden, dass diese Tatsache im Stellenetat zu wenig abgebildet wurde.

Schlussendlich hat die Geschäftsprüfungskommission trotzdem grossmehrheitlich die formelle Richtigkeit dieser Vorlage festgestellt.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Die FDP/jll-Fraktion wird dieser Vorlage emotionslos zustimmen. Es ist klar, dass wir diesen Beschluss fassen müssen. Wieso ist unsere Euphorie so gering? Weil es ein klassisches Leerlaufgeschäft ist. Was bedeuten 14'000 Stellenprozente? Gar nichts. Wenn wir ehrlich sind, bedeuten diese Stellenprozente überhaupt keine Steuerungsgrösse. Sie haben weder eine finanzielle Konsequenz auf die Personalkosten, weil dazu kein Lohn definiert ist, und auch keine Konsequenz auf die Infrastrukturkosten, weil die nötige Anzahl eingerichteter Arbeitsplätze fehlt. Sie haben auch keinen Einfluss auf eine Führungsstruktur. Wir werden damit weitgehend die Kompetenz dem Gemeinderat übertragen, was ich nicht falsch finde.

Dieses Geschäft ist ein Leerlauf. Selbst wenn es kein Leerlauf wäre und man uns diese Grösse zusprechen würde: Wie werden wir jemals an dieser Grösse etwas ändern können? Wir nahmen uns früher selber die Kompetenz weg, unsere gefassten Beschlüsse, als Stadtrat selber traktandieren zu können. Es würde hier genau gleich ablaufen, wie im letzten Traktandum erwähnt. Wenn wir einen Entscheid nochmals überdenken wollen, gibt es nur den sehr langen Weg über die Motion, bei welcher wir über mehrere Jahre warten müssen, bis wir unsere neuen Erkenntnisse in einen Beschluss umsetzen können. Vorgenanntes Argument müssen wir bei der nächsten Änderung der Stadtverfassung unbedingt überdenken. Wir attestieren, dass für das Erarbeiten dieser Vorlage verwaltungsintern extrem viel geleistet wurde. Es sind enorm viele Ressourcen dafür eingesetzt worden. Doch ist es mir schleierhaft, wie mit diesem Instrument gesteuert werden soll. Es ist schade um die wertvollen Ressourcen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die für dieses Projekt Zeit investiert haben. Auch hier wäre eine Möglichkeit, uns mal Zeit zu nehmen, über die Effizienz nachzudenken, um Leerläufe zu verhindern.

Die FDP/jll-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen, hofft jedoch, später Korrekturen am Geschäft anbringen zu können, was dann selbstverständlich auf Stufe der Stadtverfassung erfolgen muss.

EVP/glp-Fraktion, Jürg Schenk (EVP): Vor Jahren habe ich mal einen Vortrag von Professor Janus aus Wien gehört. Er betonte, wir sollen unsere Betriebe so flexibel gestalten, dass wir schnell auf Veränderungen der Gesellschaft reagieren können. Ich denke, dieser Schritt – von einer fixen Zuteilung des Personals auf die einzelnen Ämter im Stellenetat – ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die 888 Stellenprozente als Reserve finde ich recht hoch dotiert. Wenn die bereits bewilligten 500 Stellenprozente – welche im Budget 2019 aufgeführt sind – auch noch dazu gerechnet werden und zudem die drittfinanzierten Stellenprozente abrechnet werden, ergibt das ein Plus von 8,4 % Stellenprozente, über die verfügt werden kann. Dies ist eine relativ grosse Spannweite, um in den nächsten Jahren die eventuell noch zusätzlich anfallende Arbeitsmenge in der Stadtverwaltung zu bewältigen. Ich bin der Meinung, dass der Stadtrat als Kontrollorgan agieren kann, indem er die Obergrenze des Stellenetats und das Budget kontrolliert.



Ich habe das Vertrauen in den Gemeinderat und in die Verwaltung, dass sie massvoll mit diesen Ressourcen umgehen werden. Ich hoffe, dass die Begriffe, wie "Lean Management", "Effizienz" und "Wertschöpfung" auch in Zukunft in der Stadtverwaltung präsent bleiben.

Die EVP/glp-Fraktion wird diesem Beschlussesentwurf zustimmen.

SP/GL-Fraktion, Martina Marti-Moser (SP): Ich halte mich kurz und gebe unseren Entscheid vorweg bekannt: Die SP/GL-Fraktion steht geschlossen hinter diesem Geschäft. Wir werden dem Antrag des Gemeinderates folgen. Die Ausführungen und Begründungen machen aus unserer Sicht Sinn. Die Festlegung und Aufschlüsselung des Stellenetats von 14'000 Stellenprozenten ist für uns nachvollziehbar. Wir können dies so unterstützen. An der Kompetenzregelung, wie sie hier vorgeschlagen wird, haben wir nichts auszusetzen.

Wir unterstützen auch, dass der Gemeinderat in der operativen Ausführung gewisse Freiheiten hat, wie bei diesen drittfanzierten Stellenprozenten, bei den Anstellungsverhältnissen im Stundenlohn, bzw. bei den Praktikums- und Lehrlehrstellen. Mit einem Augenzwinkern möchte ich anmerken, dass wir natürlich darauf vertrauen, dass bei der Ein- und Umsetzung dieser 14'000 Stellenprozente nicht nur kostenintensive Amtsleiterstellen geschaffen werden. Der Gemeinderat hat ja ein Interesse daran, dass die Verwaltung funktioniert und, dass alle Aufgaben wahrgenommen werden können und die Stellenprozente deshalb richtig eingesetzt werden.

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher-Conrad (SVP):

Die SVP-Fraktion kommt zurück auf das Traktandum Nr. 1 und will deshalb zu Traktandum Nr. 5 folgenden Antrag stellen: Wir möchten die Gesamtstellenzahl von 14'000 um 300 Stellenprozente auf 13'700 oder die Reserve von 888 auf 588 Stellenprozente kürzen. Beide Kürzungsvarianten sind möglich. Begründung: Ich verweise hier wiederum klar auf das Traktandum Nr. 1. Es kann nicht sein, dass die Personalkosten 3,5 Stellen weniger aufweisen und wir hier nirgends eine Einsparung sehen.

Antrag Gemeinderat

1. Der Bestand an Stellen in der Stadtverwaltung in Stellenprozenten (Stellenetat) gemäss Art. 62 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung beträgt gemäss der Berechnungsmethode im Bericht und Antrag des Stadtschreibers vom 31. Januar 2019 ab 1. Juli 2019 14'000.00 Stellenprozente.
2. ...
3. ...

Antrag SVP-Fraktion

1. Der Bestand an Stellen in der Stadtverwaltung in Stellenprozenten (Stellenetat) gemäss Art. 62 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung beträgt gemäss der Berechnungsmethode im Bericht und Antrag des Stadtschreibers vom 31. Januar 2019 ab 1. Juli 2019 **13'700.00** Stellenprozente.
2. ...
3. ...

Wie ich bereits erwähnte, der Bericht zum Traktandum Nr. 1 weist lediglich noch eine Reduktion von 75 % Stellenprozenten aus und wird begründet mit den Mehraufwendungen von "ict4kids". Im Weiteren verweisen wir auf das Traktandum Nr. 2, welchem wir entnehmen können, dass es sich erst um die Erarbeitung eines Teilkonzeptes handelt. Ich gebe Stadtrat Diego Clavadetscher Recht, hinter den Stellenprozenten stehen keine Kosten. Trotzdem bleibt die SVP-Fraktion bei ihrem Antrag um Kürzung von 300 Stellenprozenten.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich gebe die Beratung zum Abänderungsantrag frei.

Janosch Fankhauser (SVP) als Einzelsprecher: Für mich hat dieses Geschäft mit den 14'000 Stellenprozenten einen etwas faden Geschmack. Das Votum von Stadtrat Diego Clavadetscher verstehe ich nicht vollständig. Wieso handelt die FDP/jll-Fraktion nicht? Wir müssen jetzt etwas ändern. Meine Frage an Stadtrat Diego Clavadetscher: "Wenn nicht jetzt, wann dann"? Wenn ich zum Beispiel in meinem kleinen Geschäft meiner Frau sage: "du darfst nur 300 Stellenprozente besetzen" und sie würde den nächsten Mitarbeiter, welchen sie neu anstellt, einfach mit Fr. 150'000.00 entlohnen, dann hätte ich daran absolut keine Freude. Was machen wir hier? Wir legen einfach einen Gesamtstellenetat ohne irgendwelche budgettechnische Aspekte fest.

Wir sollten dieses Geschäft zurückstellen und die Debatte zusammen mit der Budgetbehandlung führen, in welcher der Rahmen festgesetzt ist und wir keine Gesamtstellenprozente festlegen müssen. Der Gemeinderat hätte somit den Budgetrahmen und wie viele Stellen er dann besetzen will, ist sein Problem. Wir hätte dafür einen ganz klaren Rahmen, denn bei 14'000 Stellenprozenten haben wir überhaupt keinen messbaren Rahmen, wie hoch die finanzielle Auswirkung sein wird.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Aus diesem Grund appelliere ich an die FDP/jll-Fraktion respektive an den ganzen Rat, bei der Vorlage, mit der man Einsparungen und Optimierungen vornehmen will, diese auch konkret auszuweisen. Falls der Gemeinderat für andere Projekte zusätzliche Stellenprozente benötigen würde, könnte er diese immer noch ausweisen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben in der vorangehenden Legislaturperiode dieses System gewählt, welches jetzt in der Stadtverfassung verankert ist. Dies wurde vom Volk so gutgeheissen. Dieses System orientiert sich an den Stellenprozenten und nicht am Budget oder an den Kosten. Es könnte auch anders herum ausgeführt werden, aber hier in unserer gültigen Stadtverfassung ist es so geregelt. Ihr wolltet das so. Deshalb ist es jetzt müssig, darüber zu diskutieren, ob es ein gutes oder schlechtes System ist. Wir müssen uns nun an dieses System halten, ansonsten verstoßen wir gegen die Bestimmungen der Stadtverfassung.

Der Abänderungsantrag der SVP-Fraktion referenziert sich klar auf das Traktandum Nr. 1 und hat gemäss Formulierung zum Ziel, dass man bei der IT sparen soll, weil der Gemeinderat dort zu wenig eingespart habe. Dazu antworte ich: Dies ist genau ein solcher Eingriff in den operativen Stellenplan, welcher mit dem neuen System verhindert werden soll. Im neuen System soll der Gemeinderat die Verantwortung übernehmen und entscheiden, welche Stellen es konkret braucht, um die gesetzlichen Aufträge zu erfüllen. Das Volk oder der Stadtrat soll nicht mehr in das Operative reinreden. Ich habe gestern der Rede von Stadtratspräsident Patrick Freudiger sehr gut zugehört. Er sagte, die Legislative solle bitte die Rahmenbedingungen stecken und die Exekutive soll nachher zusammen mit der Verwaltung den klaren, operativen Plan, respektive die Umsetzung ausführen. Diese Spielregeln bitte ich euch, auch heute hier einzuhalten.

Was die SVP-Fraktion im Änderungsantrag verlangt, ist ein klarer Eingriff in den operativen Stellenplan. Der Stadtrat muss dem Gemeinderat mit dieser Lösung, wie wir sie in der Stadtverfassung haben, das Vertrauen schenken, damit wir die Flexibilität und Verantwortung zur Ausgestaltung des operativen Stellenplans effektiv wahrnehmen können. Dies war übrigens absolut im Sinne der neuen Regelung, dass man das Vertrauen und die Verantwortung der Exekutiven übertragen will, damit sie auch einen grösseren Handlungsspielraum hat. Die Exekutive solle nicht wieder in die Not geraten mit der Lösung von unbefristeten Stellen, die über Jahrzehnte hinweg geschaffen wurden.

Der Gemeinderat soll die Verantwortung für die Bewirtschaftung des vom Stadtrat bewilligten Stellenetats tragen. Die neue Ordnung, wenn man sie wirklich befolgt, führt zu einer deutlich transparenteren und klareren Aufteilung. Der Gemeinderat wird dem Stadtrat anlässlich der Berichterstattung zum Jahresbericht über den Grad der Ausschöpfung des Stellenetats jährlich Rechenschaft ablegen. Insofern kann man dann, wie das der Stadtratspräsident gestern erläuterte, auch die Kontrollfunktion wahrnehmen, die ihr innehabt.

Der Gemeinderat wird es sich selbstverständlich nicht leicht machen. Trotz der massvollen Reserve wird er nur diejenigen Stellen innerhalb des bewilligten Stellenetats neu oder wieder besetzen, welche für die Erfüllung der politisch vorgegebenen Aufgaben von der Stadtverwaltung tatsächlich gebraucht werden. Ihr bestimmt mit, was für freiwillige Aufgaben wir haben. Die gesetzlichen Aufgaben erfüllen wir von Gesetzes wegen.

In diesem Sinne hoffen wir, dass der Stadtrat dem Gemeinderat das Vertrauen für die weitere operative Umsetzung ausspricht.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP) bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag des Gemeinderates oder zum Antrag der SVP-Fraktion:

Abstimmung:

Antrag Gemeinderat:	25	Stimmen	angenommen
Antrag SVP-Fraktion:	12	Stimmen	
Enthaltungen:	1	Stimme	

Antrag Gemeinderat

1. Der Bestand an Stellen in der Stadtverwaltung in Stellenprozenten (Stellenetat) gemäss Art. 62 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung beträgt gemäss der Berechnungsmethode im Bericht und Antrag des Stadtschreibers vom 31. Januar 2019 ab 1. Juli 2019 14'000.00 Stellenprocente.
2. ...
3. ...

Antrag SVP-Fraktion

1. Der Bestand an Stellen in der Stadtverwaltung in Stellenprozenten (Stellenetat) gemäss Art. 62 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung beträgt gemäss der Berechnungsmethode im Bericht und Antrag des Stadtschreibers vom 31. Januar 2019 ab 1. Juli 2019 **13'700.00** Stellenprocente.
2. ...
3. ...

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 8 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Der Bestand an Stellen der Stadtverwaltung in Stellenprozenten (Stellenetat) gemäss Art. 62 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung beträgt gemäss der Berechnungsmethode im Bericht und Antrag des Stadtschreibers vom 31. Januar 2019 ab 1. Juli 2019 14'000 Stellenprocente.**
2. **Der Gemeinderat wird ermächtigt, unter den nachgenannten Voraussetzungen in folgenden Bereichen ausserhalb des Stellenetats Stellenprocente zu bewilligen und aufzuheben:**
 - a. **drittfinanzierte Stellenprocente in der Stadtverwaltung, im Rahmen der Finanzierungsvorgaben der drittfinanzierenden Stellen;**
 - b. **Anstellungsverhältnisse im Stundenlohn, im Rahmen der in den Budgets der Erfolgsrechnung eingestellten finanziellen Mittel;**
 - c. **Praktikums- und Lehrstellen, im Rahmen der in den Budgets der Erfolgsrechnung eingestellten finanziellen Mittel.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt. Insbesondere wird er damit beauftragt, den aktuellen Stand des Stellenetats jährlich im Jahresbericht zu Händen des Stadtrates zu erläutern, erstmals mit dem Jahresbericht 2019 im Sommer 2020.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. **Motion Loser Roland (SP), Dietrich Pascal (JL), Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 24. Oktober 2016: Kunstrasenfeld für den Fussball (am 27. März 2017 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt); Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist; Beschluss**

I Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Die Berichterstattung des Gemeinderates erfolgt durch Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP), Ressortvorsteherin Kultur und Sport.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Das Geschäft befindet sich praktisch schon auf der Zielgeraden. Der Stadtrat hatte die Motion von Roland Loser, Pascal Dietrich und Urs Zurlinden am 27. März 2017 überwiesen. Das Projekt startete effizient, doch bei der Bearbeitung ist es ins Stocken geraten. Es stellte sich heraus, dass das Kunstrasenfeld wesentlich teurer zu stehen kommt, als ursprünglich erwartet, weil es unter anderem auch hier Auflagen der Ligazugehörigkeit gibt. Tatsache ist – ihr könnt es aus dem Bericht und Antrag entnehmen – dass wir immer mit der Delegation des FC Langenthal in Verhandlung waren und, dass das Baugesuch anfangs Jahr ohne Einsprache bewilligt wurde. Jetzt geht es hoffentlich in die Schlussverhandlung mit dem FC Langenthal. Hoffentlich können wir uns über die Darlehens- und Leistungsvereinbarungsmodalitäten bald einigen. Wenn alles nach Plan verlaufen wäre, wäre dieses Geschäft heute Abend dem Stadtrat vorgelegt worden.

Ich bitte euch, dem Antrag des Gemeinderates zur Fristverlängerung zu folgen.

Motionär Roland Loser (SP): Wir Motionäre sind damit einverstanden, dass die Verhandlungen zu einem einvernehmlichen Abschluss geführt werden. Ich möchte an den FCL appellieren, dass er hier Hand bieten soll, weil sich die Stadt ihm gegenüber grosszügig zeigt.

Beat Hasler (parteilos): Ich habe diesem Geschäft seinerzeit auch zugestimmt, obwohl ich über die Lage des Kunstrasenfeldes – ehrlich gesagt – überhaupt nicht glücklich bin. In die Diskussion möchte ich einbringen, dass man dem Kunstrasenfeld in der Rankmatte, an dieser exponierten Stelle, nur dann zustimmen kann, wenn man darauf verzichtet, dort Granulat beizumischen. Ein Kunstrasenfeld müsste man gemäss den allerneuesten ökologischen Kenntnissen einrichten. Ganz sicher nicht mit diesen Granulaten, die wir dann auf der ganzen Matte zusammengesammelt werden müssen. Daher wäre ich sehr froh, wenn man dieses Anliegen noch in die Diskussion miteinbeziehen würde.

Ich werde der Fristverlängerung zustimmen und hoffe, dass wir doch noch eine Lösung finden, damit dieser Verein auch bei schwierigen Witterungsbedingungen vernünftig trainieren und spielen kann.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich stelle zu Händen Protokolls fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, dass bei diesem Geschäft und auch beim letzten Traktandum 38 Stadträte anwesend sind bzw. waren.

II Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Die Fristverlängerung bis zum 27. März 2020 für die Umsetzung der Motion Loser Roland (SP), Dietrich Pascal (JL), Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 24. Oktober 2016: Kunstrasenfeld für den Fussball (am 27. März 2017 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt) wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Protokollauszug an

- Gemeinderat



7. Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 17. Dezember 2018: UNICEF-Label "Kinderfreundliche Gemeinde"; Stellungnahme

I Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Die Berichterstattung des Gemeinderates erfolgt durch Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL), Ressortvorsteher Bildung und Jugend.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Der Gemeinderat hat dieses Geschäft beraten und ist zum Schluss gekommen, dass er diese Motion – die früher schon einmal eingereicht wurde – auch diesmal nicht erheblich erklären möchte. Wir sind der Meinung, dass unsere Stadt eine anerkannte Qualität für die Kinder und Jugendlichen hat. Wir haben eine gute offene Jugendarbeit. Doch haben wir Baustellen bei den Spielplätzen, weshalb wir uns auf jene konzentrieren möchten. Wir wollen uns monetär und auch im Personalaufwand einsetzen und keine Plakette an die Wand schrauben. Wir hoffen, dass auch ihr unserer Ansicht folgen könnt.

Motionär Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Diese Motion hat es nicht schon einmal gegeben. Es war ein Postulat von Stadträtin Nathalie Scheibli (SP) mit welchem sie ungefähr im Jahr 2011 eine Standortbestimmung als erster Schritt zur Erreichung dieses Labels forderte.

Die Äusserung über die Plakette finden wir auch im Bericht und Antrag. Doch Langenthal hat durchaus auch Erfahrungen mit Labels: Label als Energiestadt. Es wird süffisant bemerkt, dass wir keine weiteren Zertifizierungen benötigen. Wir haben schon Zertifizierungen und es wäre durchaus kein schlechtes Zeichen, wenn Langenthal bei diesem hier auch dabei wäre. Das UNICEF-Label "Kinderfreundliche Stadt" gibt es seit 15 Jahren. Es hat zum Ziel, die Umsetzung der Kinderrechtskonvention zu unterstützen. 37 Gemeinden in der Schweiz haben dieses Label bereits, darunter auch die grossen Berner Gemeinden Lyss und Bern. Thun hat es vor kurzem erhalten. Die Initiative fördert gezielt Prozesse zur Steigerung der Kinderfreundlichkeit und ermöglicht Schweizer Städten und Gemeinden, eine Standortbestimmung vorzunehmen. Auf dieser Basis kann danach das Label angestrebt werden.

Es werden folgende Bereiche angeschaut: Unter anderem Bildung, Familie und Schule, ergänzende Betreuung, Gesundheit, Freizeit, Wohnen, Verwaltung, Verkehr, Kinder- und Jugendschutz. Wie gesagt, wenn man die Standortbestimmung vorgenommen hat, kann man sich nachher um das UNICEF-Label "Kinderfreundliche Stadt" bewerben. Es wäre durchaus ein positives Image für die Stadt Langenthal und ein Zeichen für eine hohe Lebensqualität für Kinder und Jugendliche, wenn man dieses Label anstreben würde. Wie gesagt, wir können dort weiterfahren, wo wir beim letzten Mal aufhörten. SP-Stadträtin Nathalie Scheibli initiierte dieses Projekt und die Stadt Langenthal unternahm tatsächlich bereits erste Schritte dazu. Die Stadt hatte die Standortbestimmung – nach der Erheblicherklärung dieses Postulats im Januar 2011 – ausgefüllt und ausgewertet, aber danach folgte nichts mehr. Auf dieser Basis könnten wir nun problemlos den nächsten Schritt zum Label in Angriff nehmen. Wir müssten zum Beispiel Workshops mit Kindern veranstalten und danach auswerten, welche Aktionen und Handlungsfelder in Angriff genommen werden sollen.

Der zweite Punkt, welcher bei diesem Label kritisiert wird, sind die angeblich hohen Kosten. Hierfür kann ich den Bericht und Antrag wieder einmal nicht loben. Denn diese Angaben sind falsch, wie auch die Aussage zur Zertifizierung nicht stimmt. Die Kosten sind nicht korrekt ausgewiesen. Es wird das Beispiel der Stadt Will SG angegeben mit Fr. 60'000.00. Das ist falsch. Denn in jenem Betrag wurden weitere Kosten miteingerechnet, zum Beispiel Fr 10'000.00 für eine Feier zur Verleihung dieses Labels und Fr. 12'000.00 für ein Leitbild. Wenn wir bei der Stadt Thun im entsprechenden Bericht und Antrag nachschauen, sehen wir, dass man mit tatsächlichen Kosten von ca. Fr. 30'000.00 – Fr. 40'000.00 rechnen muss. Langenthal ist bereits eine familienfreundliche Stadt. Es geht nicht um eine Kritik an die Stadt Langenthal. Die Stadt verfügt über ein vielfältiges Angebot für Kinder und Familien und machte schon viel dafür und wird dies auch weiterhin anstreben.



Doch die Einführung dieses Labels würde es erlauben, die bestehenden Angebote einmal im übergeordneten Konzept und systematisch anzuschauen, um ein Label damit zu erlangen, welches doch zu einem positiven Image der Stadt Langenthal beitragen würde, wie auch das Beispiel der Stadt Thun zeigt.

FDP/jll-Fraktion, Urs Zurlinden (FDP): Selbstverständlich ist es gut, wenn eine Stadt sich um die Kinder kümmert. Selbstverständlich ist es schlecht, wenn der Zugang zu den Schulen versperrt, die Gesundheitsversorgung für Kinder ungenügend und der Schutz vor Missbrauch und Gewalt an Kindern löchrig ist. Selbstverständlich sollen die Gemeinden kinderfreundlich sein, sei es durch einen Bau oder durch die Pflege von Kinderspielflächen. Selbstverständlich schaufeln sich Politikerinnen und Politiker ihr eigenes Grab, wenn sie scheinbar kinderfreundliche Anliegen nicht vollumfänglich unterstützen. Selbstverständlich kann man sich mit einem kinderfreundlichen Label Lorbeeren holen, falls dies überhaupt nötig ist.

Die FDP/jll-Fraktion ist genau in diesem Punkt anderer Meinung als der Motionär. Langenthal benötigt nicht zwingend eine Etikette, um als kinderfreundliche Stadt in die Annalen einzugehen. Langenthal ist eine kinderfreundliche Stadt und kann dies problemlos an die grosse Glocke hängen. Kindergärten und Schulen sind top. Institutionen, wie Kinderkrippen oder die SCHOIO-Familienhilfe werden professionell geführt. Kinderspielflächen werden aktuell aufgemöbelt. Das Schwimmbad funktioniert. Und auf Strassen und Plätzen wird zunehmend der Langsamverkehr umgesetzt, auch dies zum Schutz der Kinder.

Vor allem aus drei Gründen wird die Motion von der FDP/jll-Fraktion abgelehnt:

1. Das Unicef-Label wird offenbar von drei Dutzend Gemeinden in der Schweiz geführt. Von Erfahrungen über eine positive Wirkung dieser Auszeichnung ist aber offenbar noch nichts zu hören oder der Zeitpunkt ist noch zu früh dafür. So entsteht der Verdacht, dass die gewünschte Wirkung verpufft, bzw. wohl kaum seriös überprüfbar ist.
2. Auch wenn der Prüf- und Zertifizierungsprozess nicht so viel kosten würde, sind die Folgekosten zur Umsetzung von allfälligen Massnahmen höchst ungewiss.
3. Es bleibt auch bei diesem Label der Verdacht hängen, dass sich hier ein gewitztes PR-Büro eine goldige Nase verdient. Das darf es, aber Langenthal muss da nicht unbedingt mitmachen.

Deshalb wagen wir es, dem kinderfreundlichen Thema kritisch gegenüber zu stehen und lehnen die vorliegende Motion ab.

SP/GL-Fraktion, Saima Linnea Sägesser (SP): Grundsätzlich unterstützt die SP/GL-Fraktion ganz klar ein Bestreben, die Stadt kinderfreundlicher zu gestalten. Auch wir stehen für eine qualitativ hochwertige Bildung für Langenthal ein. Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung und vor allem Schutz vor Gewalt.

Wir sind aber der Meinung, dass wir nicht für ein Label die Prozesse zur Steigerung der Kinderfreundlichkeit einleiten müssen. Dies soll aus eigenem Willen und aus dem Bestreben der Stadt geschehen. Dass ein Label den Kindern und Jugendlichen zugutekäme, stimmt für den Inhalt, wie es das Label anstrebt, vielleicht schon. Aber dieses Label ist den Langenthaler Kindern wahrscheinlich egal. Wer einen Spielplatz baut und wie er dorthin kommt, ist egal – Hauptsache ist, man kann spielen.

Wie Stadtrat Daniel Steiner bereits ausgeführt hat, gab es bereits von 2010 bis 2011 einen Prozess – ausgelöst durch das Postulat der SP – welchen Stadträtin Nathalie Scheibli bearbeitet hatte. Stadträtin Nathalie Scheibli erklärte damals, dass es ihr nicht um das Label, sondern um den Inhalt geht. Das Postulat wurde abgeschrieben, nachdem das Sozialamt den Fragebogen, also den ersten Schritt ausgeführt hatte. Daraufhin wurden keine weiteren Massnahmen ergriffen. So könnte man nun auf jener Grundlage aufbauen und schauen, was von damals bis heute daraus erreicht wurde.

Ein bedeutender Grund, wieso wir diese Motion nicht als erheblich erklären und somit dem Gemeinderat folgen, ist der mögliche finanzielle Aufwand. Es könnten Fr. 60'000.00 Kosten entstehen. Vielleicht nicht beim ersten Mal, aber das Label müsste wahrscheinlich wiederholt beantragt werden. Wir finden, dieses Geld soll direkt – und nicht über den vorgesehenen Label-Umweg – investiert werden.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Erlaubt mir noch eine letzte persönlich Bemerkung: Heute Abend haben wir bereits bewiesen, dass Langenthal eine kinderfreundliche Stadt ist, denn wir haben soeben eine Viertelmillion für ein bisschen Eis ausgegeben. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg.

SVP-Fraktion, Heinz Wüthrich (SVP): Es wurde auch in unserer Fraktion darüber diskutiert und wir sind ebenfalls der Meinung, wie meine Vorredner, dass wir schon wissen, wo unsere Lücken diesbezüglich sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere jungen Familienväter im Gemeinderat wissen, was in Zukunft noch zu unternehmen ist.

Ich persönlich habe Erfahrung mit Labels in der Lebensmittelindustrie und weiss, wie viele Ressourcen und Geld damit blockiert werden und nicht an der Front eingesetzt werden können. Es tut mir leid, dass dies so ist, aber ich und meine Fraktion finden, dass dieser Betrag für das Label, welches Fr. 15'000.00 kosten würde, an der Front, unmittelbar bei den Jugendlichen, eingesetzt werden soll.

II Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

I. **Die Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 17. Dezember 2018:** UNICEF-Label "Kinderfreundliche Gemeinde" **wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):**

II. 1. **Die Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 17. Dezember 2018:** UNICEF-Label "Kinderfreundliche Gemeinde" **wird nicht erheblich erklärt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8. Interpellation Zurlinden Urs (FDP) und Dietrich Pascal (FDP) vom 29. Oktober 2018: Verzicht auf Erdgasröhrenspeicher; Beantwortung¹

I Detailberatung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Mit Bericht des Gemeinderates vom 6. Februar 2019 liegt die Beantwortung der Interpellation in schriftlicher Form vor. Der Interpellant Stadtrat Urs Zurlinden erhält das Wort zur Abgabe einer kurzen Stellungnahme.

Interpellant Urs Zurlinden (FDP): Ja, ich weiss, das war damals keine geschickte Formulierung von mir. Ihr wisst, um was es hier geht, eine Gastiedruckanlage ist geplant zwischen Allmen und Lotzwil. Man kann mir vorwerfen, bei diesem Thema nur auf den eigenen Nutzen zu schauen, weil ich dort wohne. Für die Fasnachtszeitung mag dies lustig gewesen sein, aber in der Regionalpolitik steckt mehr dahinter. Zudem sei hier die Frage erlaubt: "Wer hätte gerne einen mit Hochdruck gefüllten Gasspeicher vor seiner Nase?" Die Bewohner des oberen Allmen haben deshalb mit Einsprachen ihren Widerstand gegen die geplante Anlage angemeldet.

Nun zur Antwort des Gemeinderates auf unsere Interpellation: Wir sind mit dieser Antwort nicht zufrieden. Beim Lesen entstand bei uns der Eindruck, dass nicht der Gemeinderat, sondern die Industriellen Betriebe (IBL) hier geantwortet haben. Genau so, wie die IBL offenbar auch beim Bearbeitungsprozess des neuen Richtplanes Energie (RPE) durchgehend involviert waren, notabene ohne dass der RPE für die IBL verbindlich wäre. Das Resultat des Energierichtplans fiel dann auch höchst bescheiden aus: Die Stadt Langenthal soll den Anteil der erneuerbaren Raumwärme bis 2035 von heute 18 % um weitere 7 % auf 25 % erhöhen. Es bleiben also 75 % des Heizenergiebedarfs, welcher mit fossilem Brennstoff abgedeckt werden soll. Wegen dem sehr dichten Gasnetz in Langenthal soll also auch hier in weiterer Zukunft ungehindert Gas verheizt werden, als ob die fossilen Brennstoffe nicht längstens ein Auslaufmodell wären.

Wir sind enttäuscht von der IBL und dem Gemeinderat, dass die fünf Millionen für einen Bau eines umstrittenen Erdgasröhrenspeichers nicht sinnvoll in erneuerbare Energie investiert werden. Unser Eindruck ist, dass hier ein Unternehmen, welches zu 100% der Stadt gehört, unnötig Millionen in den Boden verlockt. Für uns ist dies ein Ärgernis.

II Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 6. Februar 2019 sowie die Ausführung des Interpellanten zur Kenntnis.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Am 9. November 2018 vom Gemeinderat beantragte und vom Stadtratspräsidenten am 11. November 2018 bewilligte aufgeschobene Behandlung bzw. am 15. Januar 2019 nochmals verlängerte Behandlung



9. Mitteilungen des Gemeinderates

Keine Mitteilungen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10 A. **Eingereichte Motion Loser Roland (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. März 2019: Gebührenerlass für den Langenthaler Nachwuchssport**

Motionstext:

"Gebührenerlass für den Langenthaler Nachwuchssport

Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage vorzubereiten, welche folgende Punkte sinngemäss auf reglementarischer Basis neu regelt:

- 1. Den Langenthaler Sportorganisationen werden für regelmässige Trainings des Nachwuchses (Kinder und Jugendliche bis und mit dem Alter von 19 Jahren) keine Gebühren für die Benutzung der städtischen Hallen- und Sportanlagen verrechnet.*
- 2. Bei Trainings von altersgemischten Gruppen (Jugendlichen und Erwachsenen) kann ein anteilmässiger Rabatt auf den ordentlichen Gebühren gewährt werden.*
- 3. Bei nicht städtischen Sportanlagen, die aber durch eine Organisation betrieben werden, welche vollständig im Besitz der Stadt Langenthal ist, kann das finanzkompetente Organ, falls keine andere Bestimmung in Kraft ist, eine entsprechende Ausgleichszahlung, die einem Gebührenerlass gleichgestellt ist, veranlassen.*

Begründung: Mit den aktuellen Diskussionen um den Erlass der Eismieten für den SCL Nachwuchs kommt vermehrt der Ruf nach Gleichbehandlung der Langenthaler Sportorganisationen auf.

Um die Gleichbehandlung zu gewährleisten soll in Zukunft darauf verzichtet werden für Trainings des Nachwuchses Gebühren für die Benutzung der städtischen Sportinfrastruktur zu erheben. Eine solche Regelung würde dem Beispiel der Stadt Bern¹ folgen, welche Stand heute keine Gebühren für die regelmässige Benutzung für den Jugendsport der Berner Sportvereine erhebt.

Neben der Gleichbehandlung würde die Stadt Langenthal zudem ein Zeichen für den Nachwuchssport setzen.

Im Rechnungsjahr 2017 hat die Stadt Langenthal rund Fr. 55'000.00 durch Gebühren mit Sportanlagen eingenommen. Mit der Umsetzung dieser Motion würde ein Teil dieser Gebühren hinfällig, was aber verkraftbar sein sollte."

Roland Loser und Mitunterzeichnende

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates²

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ https://www.sportamt-bern.ch/media/Preisliste_Sportanlagen-Stadt-Bern_Mai-2015.pdf

² **Art. 36 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



10 B. Eingereichtes Postulat der SVP-Fraktion vom 18. März 2019: Sportförderung für alle Nachwuchsmannschaften der Sportvereine

Postulatstext:

"Sportförderung für alle Nachwuchsmannschaften der Sportvereine

Im Zusammenhang mit der Zusatzfinanzierung des Nachwuchsbetriebes des SC Langenthal stellt sich uns die Frage, ob die Nachwuchsarbeit anderer Sportvereine ebenfalls von der Stadt mehr gefördert und finanziell unterstützt werden soll.

Wir bitten den Erlass sämtlicher Gebühren der Benützung stadteigener Trainingsplätze und Turnhallen für alle Nachwuchsmannschaften der Sportvereine zu prüfen.

Begründung: Wenn die Stadt Langenthal die gesamten Eiskosten für den SCL Nachwuchs übernimmt, sind wir der Auffassung, dass die Turnhallen und stadteigenen Trainingsplätze und -einrichtungen für alle Jugendlichen der Langenthaler Sportvereine kostenlos sein sollten."

SVP-Fraktion

(Erstunterzeichnender: Janosch Fankhauser, Fraktionspräsident)

Die Behandlung des Postulats erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung am Montag, 18. März 2019

11. In eigener Sache

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Somit sind wir am Ende der Traktandenliste angekommen. Ich bedanke mich bei allen für das Aus-harren und dafür, dass wir bei der Debatte über das Eis, alles andere als eine eiskalte, aber doch eine coole, Diskussion geführt haben.

Ich wünsche euch einen schönen Abend.



Dekoration: Blumen Schenk, Langenthal

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr